

# Beschlussbuch Bezirk Braunschweig

# Inhaltsverzeichnis

Resolution

Europa

Bundespolitik

Landespolitik

Regions- und Kommunalpolitik

Organisationspolitik

# Angenommene und überwiesene Anträge

# Resolution

## **Zukunft in Arbeit – Zukunft Automobilindustrie**

(Angenommen)

5 Die Sozialdemokratie steht zu Volkswagen und den hunderttausenden Beschäftigten. Deren Interessen stehen im Zentrum unserer Politik. Volkswagen steht durch seine einmalige Verantwortungsstruktur von Vorstand, Gewerkschaft und Land für ein Erfolgsmodell von wirtschaftlichem Erfolg, Mitbestimmung und Guter Arbeit.

10 Die aktuellen Herausforderungen sind vielfältig und betreffen gleichermaßen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsperspektive der Automobilwirtschaft. Die Automobilindustrie und insbesondere die Arbeitsplätze werden derzeit von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt.

15 Dabei wird in der Öffentlichkeit und auch in der Politik leider nicht zwischen den einzelnen Sachverhalten differenziert, sondern einfach alle Schuld bei den Autobauern abgeladen. Es ist unbestritten, dass seitens der Konzerne manipulative Handlungen verübt wurden, die nun lückenlos aufgeklärt werden müssen. Die Konzerne müssen sich ihrer Verantwortung stellen und etwaigen Schadensansprüchen gerecht werden.

20 Für uns steht fest, dass die Krise des Unternehmens nicht auf dem Rücken der MitarbeiterInnen ausgetragen werden darf. Nicht die Belegschaft hat diese Affäre verursacht, sondern das Management trägt die Schuld für die Skandale. Volkswagen ist ein erfolgreicher Weltkonzern, der zudem der größte Arbeitgeber Europas ist und für Gute Arbeit mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und faire Bedingungen steht. Die Verfehlungen der Automobilindustrie in Bezug auf manipulierte Abgasvorrichtungen, die Umsetzung der EU- Richtlinien zur Vermeidung zu hoher Abgaswerte in deutschen Innenstädten und die neu ausgehandelten Grenzwerte müssen getrennt voneinander bewertet werden.

30 Die Automobilindustrie wird sich verändern. Innovationen sind die Stärke unserer Region. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass es ein Strukturwandel gibt, nicht aber einen harten Strukturbruch zu Lasten der Beschäftigten. Umwelt und Arbeitsplätze dürfen nicht gegeneinanderstehen.

35 Die Ziele müssen ambitioniert, aber auch realistisch und erreichbar sein. Wir sind alle in der Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel und den damit verbundenen Umweltkatastrophen sowie gleichzeitig auch für die Zukunftsfähigkeit von hunderttausenden Arbeitsplätzen!

40 Die insbesondere in einigen deutschen Großstädten drohenden Fahrverbote basieren auf einer EU- Richtlinie, die einem ökologisch richtigen Grundgedanken folgt, in der Praxis aber sinnvoll umgesetzt werden muss. Fahrverbote – das schärfste Schwert des Gesetzgebers zur Verbesserung der Luftsauberkeit in Kommunen – machen nur dann Sinn, wenn sie an die verkehrsplanerischen Wirklichkeiten angepasst werden und so die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erfahren. Keinem helfen gesperrte Straßen, wenn sich der Verkehr dann anderswo staut und Alternativen im Öffentlichen Nahverkehr fehlen – eine intensive Bürgerbeteiligung ist daher unerlässlich. Wir fordern in diesem Zusammenhang zusätzlich die EU-Kommission auf, die Einhaltung der Richtwerte in allen EU-Mitgliedsländern gleichermaßen einzufordern: Eine zuletzt immer wieder aufflammende Debatte, nur in Deutschland würde auf diese Werte derart genau geachtet werden, ist Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten. Wir erwarten daher, dass die EU-Normen überall gleichermaßen kontrolliert und eingehalten werden.

50 Die Niedersächsische Landesregierung und die SPD Mitglieder im VW Aufsichtsrat werden aufgefordert sich mit aller Macht dafür einzusetzen, dass an allen Standorten von Volkswagen, die Arbeitsplätze erhalten und für den anstehenden Wandel zur Elektromobilität und zu neuen Konzepten der Mobilität gesichert werden. Wir unterstützen den vom Konzernbetriebsrat ausgehandelte Zukunftspakt mit dem Unternehmen.

55 Die Arbeitsplätze gerade in Salzgitter und Braunschweig müssen durch neue Zukunftsfelder mit Forschung und Batteriezellenbau gesichert werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschließen und sozialverträgliche Altersteilzeitmodelle und Qualifizierung zu fördern.

60 Wir sind gegen eine Lösung, die einseitig deutsche Hersteller benachteiligen und Arbeitsplätze gefährden. Alternative Antriebstechnologien sind die Zukunft der Mobilität.. Diese Entwicklung darf nicht bloß auf E-Mobilität beschränkt werden, sondern braucht einen Rahmen für die Entwicklung und Erprobung vielfältiger Ideen und Technologien. Fest steht nur, dass alle Klimaziele ad absurdum geführt werden, wenn es nur eine  
65 Umstellung von „Diesel auf Kohle“ gibt.

Menschen, auch ArbeitnehmerInnen, wollen nicht nur gute und sichere Arbeit haben, sondern auch in einer gesunden und intakten Umwelt leben. Aber wir schaffen die ökologische Wende nur, wenn die Ziele realistisch sind und in der Bevölkerung akzeptiert werden. Wir brauchen einen Gleichklang aus den Zielen saubere Luft, sichere Arbeit,  
70 flexible Mobilität und technischen Möglichkeiten.

# Europa

## Antragsbereich E/ **Antrag 1**

Unterbezirk Braunschweig

### **Thema: EUROPA: Frieden - Freiheit - Sicherheit -Solidarität - Integration! | Rassisten und Populisten entschiedener entgegentreten**

(Angenommen)

Der ordentliche Bezirksparteitag möge beschließen:

5 Der UB Braunschweig wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen aktiv für ein gerechtes, soziales, humanes, friedliches und gemeinsames Europa einzusetzen.

Dazu gehört (nicht abschließend):

- 10
- Arbeitsbedingungen in ganz Europa verbessern!
  - Rechte von Betriebsräten stärken!
  - Gegen Lohndumping und Ausbeutung von Arbeitskräften vorgehen!
  - Sich für ein gerechtes europäisches Vergabesystem einsetzen!
  - Das Europäische Sicherheitskonzept gegen Terror, Clankriminalität und Organisierte Kriminalität intensivieren!
- 15
- Die gemeinsame europäische Außenpolitik stärken.
  - Sich für menschenwürdige Migration einsetzen!
  - Nachhaltige Diskussionen, wie wir in Europa zukünftig miteinander leben wollen, führen!

## Antragsbereich E/ **Antrag 2**

Unterbezirk Salzgitter

### **Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Verbrechen**

(Angenommen)

5 Jeden Tag sterben Menschen auf dem Meer. In den Nachr(Angenommen)ichten wird der Fokus auf eine Gruppe Kinder gelenkt, die in einer Höhle eingesperrt sind und auf Rettung warten. Etliche Tage wird davon in dem Medien berichtet. Ein schlimmes Ereignis. Aber wo bleibt der Medientrommel, der Liveticker und der Austausch über all die Kinder die täglich im Mittelmeer sterben? Die in Lagern verhungern, die ihre durch Anschläge gestorbenen Eltern in den Händen halten?

10 An diesem Beispiel lässt sich am meisten erkennen wir die Geflüchteten von unserer Gesellschaft mittlerweile entmenschlicht wurden. Es sind in vielen Augen Geflüchtete die da nicht nach Deutschland kommen. Doch in Wirklichkeit sind es Menschen, die ertrinken und sterben.

15 Und was macht Europa? Europa guckt ihnen zu. Seenotretter\*innen, die ihr eigenes Leben zum Beispiel vor der Küsten Lybiens riskieren werden vor Gericht zitiert. Das ist unmenschlich. Wann sind Helden in unserer Gesellschaft zu Verbrechern geworden? Wann ist das Retten von Menschenleben zu einer Straftat geworden? Werden Feuerwehrmänner\*frauen, Notärzt\*innen und andere demnächst auch für ihre wichtigen und großartigen Leistungen angeklagt?

20

Was ist Europa wert, wenn wir unsere eigenen Grundwerte geprägt von Menschenrechten

nicht einmal selber einhalten? Jede\*r hat ein Recht auf Unversehrtheit, auf Freizügigkeit, auf Leben!

25

Die SPD solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und fordert von der deutschen und europäischen Politik umgehend sichere Fluchtwege und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung sowie die menschenwürdige Aufnahme dieser Personen!

30

Wir begrüßen, dass sich Städte freiwillig dazu bekennen Menschen in Seenot aufzunehmen. Je mehr Städte und Landkreise dies tun, desto fairer werden die damit verbundenen Lasten geteilt. Zur Zeit dürfen Rettungsschiffe nur an den Hafen gelassen werden, wenn vorher bekannt ist, wo genau die geflüchteten Menschen hinziehen sollen. Daher ist es wichtig, dass immer mehr Städte Farbe bekennen!

35

Weiterleitung: Landesparteitag, Bundesparteitag

### *Antragsbereich E/ Antrag 3*

*JUSOS*

#### **Upload Filter verhindern**

(Angenommen)

Wir fordern die Funktionär\*innen der SPD in der Bundesregierung auf den Koalitionsvertrag zu erfüllen und sich gegen die neue EU-Richtlinie zum Urheberschutz zu stellen, so lange diese so genannte "Uploadfilter" (Artikel 13) zur Folge hätte.

5

Zudem werden die Funktionär\*innen der SPD auf Bundes und EU-Ebene aufgefordert, anzustreben die bestehende Richtlinie dahingehend zu ändern, dass Uploadfilter nicht mehr als zwangsläufige Folge der Richtlinie eingerichtet werden müssen.

### *Antragsbereich E/ Antrag 4*

*JUSOS*

#### **Antrag: Einführung eines europäischen Personalausweises**

(Angenommen)

Wir fordern die Ablösung des nationalen Personalausweises durch einen europäischen Personalausweis. Dieser Personalausweis muss bindend für alle Mitgliedstaaten sein.

# Bundespolitik

## Antragsbereich Ini/ **Antrag 2**

Unterbezirk Helmstedt

### **Forschungszentrum Endlagerung, Entwicklungszentrum Rückholung**

(Angenommen)

Die SPD begrüßt die mögliche Einrichtung eines Forschungszentrums Endlagerung und eines Entwicklungszentrums Rückholung hier im Helmstedter Braunkohlerevier.

5 Die Errichtung von Konditionierungsanlagen, Zwischen- oder Eingangslagern für radioaktiven Müll fernab von Asse und Konrad lehnen wir ab.

## Antragsbereich B/ **Antrag 1**

Bezirk Braunschweig

### **Der Sozialstaat von morgen – Sicherheit und Respekt in der neuen Arbeitsversicherung**

(Angenommen)

#### **1. Die Arbeitswelt von heute**

5 Arbeit verändert sich stark und immer schneller. Aber Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Wir sind überzeugt: Uns wird die Arbeit nicht ausgehen. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“.

10 Der Wandel der Arbeitswelt ist bereit in vollem Gange. Auf der einen Seite ist der Arbeitsmarkt durchlässiger für Menschen mit verschiedenen beruflichen Werdegängen geworden. Auf der anderen Seite, gerade für geringqualifizierte Beschäftigte, sind Sicherheiten verloren gegangen und neue Beschäftigungsrisiken entstanden, unter veränderten Rahmenbedingungen ist die Unsicherheit gewachsen. Gleichzeitig hat sich die Erwartung an Arbeit, Arbeitszeiten und Weiterbildungsphasen und ihre Vereinbarkeit mit unterschiedlichen Lebensentwürfen stark verändert. Wir haben den Wandel mit einzelnen  
15 Maßnahmen begleitet – etwa der Brückenteilzeit. Doch es ist an der Zeit, die Absicherung von Arbeit neu zu denken.

#### **2. Unsere Prämisse: Die Zentralität von Arbeit**

20 Arbeit ist mehr als eine variable Größe in einer volkswirtschaftlichen Bilanz. Arbeit schafft die Lebensgrundlage für die meisten Menschen und ist Ausgangspunkt gesellschaftlicher Wortschöpfung. Ihre Bedeutung geht über diese Grundfunktion jedoch hinaus. Denn ihre soziale Funktion und Bedeutung für den Einzelnen darf nicht vergessen werden. Arbeit bestimmt die Lebensrealität der meisten Menschen und prägt ihren Alltag. Arbeit bietet  
25 einen grundlegenden Identifikationsrahmen und schafft soziale Inklusion und Teilhabe. Viele Menschen definieren sich über die Qualität und das Produkt ihrer Arbeit. Andererseits bewirkt Arbeitslosigkeit für viele Menschen das komplette Gegenteil. Soziale und kulturelle Isolation ist neben gesundheitlichen und psychischen Beschwerden eine Hauptfolge von Erwerbslosigkeit. Aus sozialdemokratischer Perspektive ist Arbeit deshalb  
30 als Quelle der Selbstverwirklichung und produktiven Weiterentwicklung des Menschen anzusehen. Ausgehend von dieser Analyse kann es nur Ziel der SPD sein, allen Menschen den Weg in gute Arbeit zu ermöglichen. Wir glauben jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit. Auch deswegen sprechen wir uns gegen die Einführung eines sogenannten bedingungslosen Grundeinkommen aus, da es den gesellschaftlichen Wert der Arbeit für

35 den Einzelnen verkennt. Arbeit ist von zentraler politischer Bedeutung für uns, weil sie den entscheidenden Ansatzpunkt für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit bildet. Nur so lässt sich die Lebensgrundlage der Menschen zum Positiven verbessern und nur so kann ihnen ein selbstbestimmtes Leben zuteilwerden.

### 40 **3. Die aktuelle Lage der Arbeitslosenversicherung**

Momentan ist die Arbeitslosenunterstützung in zwei Leistungen gegliedert: Einerseits die Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld) und die Grundsicherung (Arbeitslosengeld II). Das Arbeitslosengeld wird 12 Monate gezahlt. Wer mehr als 24 Monate versicherungspflichtig gearbeitet hat und älter als 50 Jahre ist erhält das ALG unter  
45 gewissen Voraussetzungen bis zu 18 Monate. Falls die Arbeitnehmer\*innen bis zu diesem Zeitpunkt keine Erwerbstätigkeit angenommen haben, wird ihnen Arbeitslosengeld II gezahlt, aus Steuermitteln finanziert. Dazu muss aber unter bestimmten Bedingungen eigenes Vermögen zur Existenzsicherung eingesetzt werden.

50 Wir erkennen, dass viele Menschen insbesondere mit den Reformen der „Agenda 2010“ einen Perspektivwechsel in dem Umgang mit Arbeitslosigkeit wahrgenommen haben. Mit dem Begriff „Hartz IV“ verbinden heute insbesondere Betroffene Misstrauen. Arbeitslosigkeit wurde als individuelles und weniger als gesellschaftliches Risiko betrachtet. Wir möchten in Zukunft Arbeit absichern und die Arbeitsversicherung als  
55 gesellschaftliche Aufgabe verstehen. Wir wollen den Sozialstaat aus der Perspektive derjenigen gestalten, die ihn brauchen – und nicht aus der Perspektive derjenigen, die ihn missbrauchen. Arbeitslosigkeit ist in den seltensten Fällen ein selbstgewähltes Schicksal. Von daher sehen wir die Aufgabe eine neue Arbeitsversicherung zu entwickeln, die auf Entwicklungen des Arbeitsmarktes eingeht und jenseits von gesellschaftlichen Stigmata  
60 den Menschen auch in schwierigen Lebenssituationen Sicherheit schafft.

### **4. Unsere Forderungen an eine neue Arbeitsversicherung**

Ausgangspunkt unseres Sozialstaatsversprechens sind Arbeit, Solidarität, und  
65 Menschlichkeit. Daher sagen wir: Die Leistungen des Sozialstaats sind soziale Rechte, die Bürgerinnen und Bürger zustehen. Sie sind Inhaberinnen und Inhaber dieser Rechte, keine Bittsteller. Der Sozialstaat muss den Einzelnen und sein Schicksal respektieren. Er muss Instrumente darauf ausrichten, den individuellen Anforderungen und unterschiedlichen Problemstellungen der Menschen gerecht werden. Konkret bedeutet das für uns:

#### 70 **- Wert der Arbeit stärken**

Dafür wollen wir die Tarifbindung in Deutschland stärken, indem wir unter anderem  
75 Tarifverbunde Unternehmen besserstellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu erklären. Dafür werden wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei allgemeinverbindlich Erklärungen abschaffen. Um sicherzustellen, dass Arbeit sich für die Beschäftigten lohnt brauchen wir einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 60% des Medianlohns – in Deutschland und in Europa. Das entspricht aktuell ca. 12 Euro.

#### 80 **- Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung**

Wir fordern ein Recht auf Weiterbildung. Dieses ermöglicht Beschäftigten im  
85 Strukturwandel ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Für diejenigen, deren Jobs durch den technologischen Wandel wegfallen, schaffen wir darüber hinaus eine Qualifizierungsgarantie. Kern dieser Qualifizierungsgarantie ist der Anspruch auf Umschulung, sofern der Arbeitsplatz wegzufallen droht, gepaart mit der Absicherung durch eine Lohnersatzleistung. Auf diese Weise entwickeln wir die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiter, die nicht nur bei

90 Arbeitslosigkeit auf den Plan tritt, sondern dabei hilft, dass Arbeitslosigkeit gar nicht erst eintritt.

### - **Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I**

95 Wir fordern eine deutlich längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I in zweierlei Hinsicht. Zum einen soll sich die Bezugsdauer verlängern, wenn gezielte Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden (ALG Q) auf bis zu 24 Monate. Darüber hinaus soll in Zukunft mit einbezogen werden wie lange die oder der Bezieher\*in in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat. Insgesamt soll die Bezugsdauer des ALG stärker an der Lebensleistung ausgerichtet werden.

### 100 - **Unsere Alternative zu „Hartz IV“ heißt Bürgergeld**

105 Die SPD hat in der Regierungsverantwortung in Bund und Land bereits an vielen Stellen mit dem Umbau des Sozialstaats hin zu einem Bürgergeld begonnen. Kern ist, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jede\*n Einzelne\*n zu kümmern und allen Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen. Beispiele sind das am 1. Januar 2019 in Kraft getretene Qualifizierungschancengesetz, weil es die Weiterbildungsförderung Beschäftigter verbessert, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können, und ein Recht auf Weiterbildungsberatung schafft, und der soziale Arbeitsmarkt, mit dem langzeitarbeitslose Menschen eine neue

110 Perspektive in sozialversicherungspflichtiger Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft erhalten.

115 Perspektivisch wollen wir das Arbeitslosengeld II (ALG II) als Grundsicherung für Arbeitssuchende durch ein Bürgergeld ersetzen. Dieses hat als Grundsatz die Idee vom Recht auf Arbeit, wobei die Solidargemeinschaft Menschen, die arbeiten können, konkrete Arbeitsangebote macht und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Jeder Mensch soll damit eine Perspektive auf sozialversicherungspflichtige Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden.

125 Beim Übergang von ALG-I in das Bürgergeld muss die Lebensleistung besser anerkannt und geschützt werden. Der vorübergehende Bezug des Bürgergeldes darf sich nicht auf die Wohnsituation auswirken oder Menschen zwingen, alles Ersparte aufzubrechen. Wir wollen Menschen diese Sorge nehmen und sie dabei unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für 2 Jahre Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergeldes angewiesen ist, soll in dieser Zeit seine Wohnung aufgeben müssen.

130 Das Bürgergeld soll Regelungen beinhalten, mit denen speziellen Bedarfen und Härten begegnet werden kann, zum Beispiel für den Fall, dass plötzlich die Waschmaschine kaputtgeht und gleichzeitig die Winterjacke aufgetragen ist.

135 Das Bürgergeld ist ein soziales Menschenrecht. Die Leistungen des Sozialstaats sind soziale Rechte. Damit sind Anreize wichtiger als Sanktionen. Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen gehören abgeschafft. Die strengeren Sanktionen von unter 25-Jährigen sind sogar offenkundig kontraproduktiv. Auch darf niemand wegen Sanktionen Angst haben, obdachlos zu werden, daher wollen wir die Kürzung der Wohnkosten abschaffen. Eine drastische Reduzierung von Leistungen, wie sie momentan möglich ist, soll es nicht mehr geben.

Eine wichtige Aufgabe des Sozialstaats, ist es als Lotse den Menschen zur Seite zu stehen

145 und ihnen unbürokratisch und zugänglich Hilfestellung zu leisten. Er muss die Menschen, die sich an seine Institutionen wenden, darüber aufklären, welche Hilfe sie erhalten können und wie. Dazu gehört, dass Bescheide und Behördenschriftwechsel in einer verständlichen Sprache abgefasst sind. Formulare, Anträge und Bescheide sollen überarbeitet und durch schlanke, verständliche und transparente Lösungen vereinfacht werden. Zusätzlich sollen niedrigschwellige und bürgerfreundliche zentrale Zugangsmöglichkeiten für alle Fragen des Sozialstaats eingerichtet werden, die einen unbürokratischen Klärungsweg auch über  
150 unabhängige Beratungsstellen eröffnen. Zwecks einer zusätzlichen Vereinfachung sollen Verfahren beim Bürgergeld digital umgesetzt und in einem Portal online zugänglich gemacht werden.

155 Ziel ist es, den Sozialstaat und die Menschen wieder als Partner\*innen zu begreifen mit dem gemeinsamen Ziel, die Menschen in der Zeit der Arbeitslosigkeit zu schützen und zu unterstützen und sie wieder in Lohn und Brot zu bringen. Dazu sind gegenseitiger Respekt sowie ein respektvoller Umgang auf Augenhöhe unabdingbar.

#### **- Kinder vor Armut schützen – Kindergrundsicherung einführen**

160 Die Kindergrundsicherung soll mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, indem Kinder aus dem SGB II Bezug herausgenommen werden. Der Bedarf eines Kindes soll sich nicht nur am Existenzminimum des Kindes bemessen, sondern auch seinen Entwicklungsbedarf berücksichtigen und über die Existenzsicherung hinaus soziale Gerechtigkeit herstellen.  
165 Die neue Kindergrundsicherung soll bisherige Leistungen zusammenfassen und somit als Pauschalleistung, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, ausbezahlt werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 2*

*Bezirk Braunschweig*

#### **Lebensleistung anerkennen – Respektrente jetzt!**

(Angenommen)

##### **Forderung:**

5 Der Bezirksparteitag unterstützt die Forderung nach der Einführung einer Grundrente ausdrücklich: Wer Jahrzehnte lang gearbeitet hat, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt, muss mehr haben, als wenn er nicht gearbeitet hätte. Nach 35 Beitragsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung sollen kleine Renten aufgewertet werden, damit etwa auch Beschäftigte, die immer einen Lohn auf der Höhe des Mindestlohns erhielten, eine  
10 auskömmliche Rente bekommen. Die neue Grundrente soll die Lebensleistung der Menschen anerkennen und daher ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 3*

*Bezirk Braunschweig*

#### **Für eine aktive Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der Digitalisierung**

(Angenommen)

##### **Kernforderungen**

##### **Wir wollen:**

- 5 - Massive Investitionen in Qualifizierung und Weiterbildung und ein Recht auf Qualifizierung schon während des aktuellen Arbeitsverhältnisses.
- Modelregion für den 5G Standard werden.
- 10 - Einen breiten und starken Ausbau der E-Ladeinfrastruktur.
- Die ganze industrielle Wertschöpfungsketten in der Region erhalten.
- Unterstützung von Startups, Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmern.
- 15 - Die Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften weiter stärken.

### **Arbeit und Digitalisierung**

Die Digitalisierung verändert unsere Art zu wirtschaften, unsere Arbeitswelt, unsere Kommunikation und unser Land; kurz gesagt: die Digitalisierung verändert unser Leben. Diese Veränderung erfolgt daher - anders als viele grundsätzliche Änderungen in der Vergangenheit - rasend schnell. Wir wollen und können diese Entwicklung nicht aufhalten. Vielmehr ist diese Entwicklung positiv zu gestalten. Mit zunehmender Digitalisierung geht ein enormer Produktivitätsfortschritt einher. Sozialdemokratische Politik ist es, aus diesem Produktivitätsfortschritt auch sozialen Fortschritt zu machen. Denn technischer Fortschritt darf niemals Selbstzweck sein. Es kommt darauf, an den Strukturwandel so zu gestalten, dass es zu keinen offenen Strukturbrüchen in der Wirtschaft kommt und das gute, tarifgebundene Arbeitsplätze erhalten bleiben. Diese Veränderungen werden in einem Aushandlungsprozess aus Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Gewerkschaften entschieden. Der Strukturwandel darf nicht auf Kosten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden. Dafür braucht es eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, gepaart mit massiven Investitionen in Qualifizierung und Weiterbildung.

### **Qualifizierung und Weiterbildung**

Die Digitalisierung wird den Arbeitsmarkt und die nötigen Qualifikationen für Arbeit stark verändern. Nach aktuellen Studien werden in Deutschland bis 2030 rund eine Million Arbeitsplätze verschwinden. Gleichzeitig geht man davon aus, dass ungefähr genauso viele neue Arbeitsplätze in anderen Branchen entstehen werden. Auch die übrige Arbeit wird sich verändern, sodass beinahe alle Arbeitenden von einer veränderten Arbeitswelt betroffen sein werden.

Wenn sich die Arbeit verändert, ändert sich auch die dafür nötige Qualifikation. Entsprechend werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Qualifikationen während ihres Erwerbslebens weiterentwickeln müssen, um mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Schritt zu halten. Deswegen wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ausbauen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung schon während der aktuellen Beschäftigung bekommen, damit Arbeitslosigkeit verhindert wird, bevor sie entsteht. Lebenslanges Lernen darf jedoch nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfinden und einfach zu einer größeren Belastung führen. Für die Qualifizierung und Weiterbildung sollen die Beschäftigten freigestellt werden. In der beruflichen Fortbildung brauchen wir mehr Mitbestimmung. Wir fordern ein Initiativrecht des Betriebsrats zur Durchsetzung von Qualifizierungsmaßnahmen und die Verankerung eines Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats über Lernangebote und deren Integration in die Arbeitsorganisation.

Um dieses gewaltige Weiterbildungspotential heben zu können, sollen Berufsbildende Schulen in Kooperation mit Universitäten zu Weiterbildungszentren ausgebaut werden. Alle Schulen brauchen massive Investitionen in ihre digitale Infrastruktur, der Digitalpakt ist ein

60 erster Schritt in eine moderne Schulinfrastruktur. Allein die Ausstattung der Schulen zu verbessern wird nicht reichen. Auch die digitalen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer werden sich verbessern müssen, um diese an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben.

65 Wenn Berufe sich rasant verändern und Qualifikationen immer wieder nacherlernt werden müssen, liegt der Gedanke nahe, dass tatsächliches Können und Talent genauso wichtig werden wie formale Abschlüsse. Das ist auf der einen Seite gut, weil es eine tatsächliche Leistungsgerechtigkeit herstellt. Auf der anderen Seite schützen formale Abschlüsse vor Willkür am Arbeitsplatz und machen die Kolleginnen und Kollegen in ihren Rechten gleicher. Die Sozialdemokratie wird Antworten auf diese neuen Fragen der Arbeitswelt finden müssen.

75 Der Bildungsbegriff muss auf lebenslanges Lernen ausgerichtet sein. In einer Arbeitswelt, in der immer wieder neue Qualifikationen erlernt werden müssen, ist die Kompetenz sich Wissen anzueignen und situationsgerecht anzuwenden zentral. Das betrifft die Ausbildungsordnungen genauso wie die Lehrpläne an Schulen. Das sozialdemokratische Bildungsideal der mündigen und aufgeklärten Bürgerinnen und Bürger wird immer wichtiger.

### **Ein Recht auf mobiles Arbeiten**

80 Flexibilität ist keine Einbahnstraße zu Gunsten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Durch die Digitalisierung eröffnet sich für viele Menschen die Möglichkeit von zuhause zu arbeiten und so den Beruf und die Familie besser miteinander zu vereinbaren. Wir wollen ein Recht auf mobiles Arbeiten, dort wo es möglich ist, damit auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von mehr Flexibilität profitieren. In Zukunft sollen die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Beweislast tragen, dass eine Arbeit nicht mobil verrichtet werden kann.

90 Gleichzeitig möchten wir den Status von mobil Arbeitenden verbessern. Diese sollen zum Beispiel von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern unfallversichert werden. Es müssen neue Instrumente der Mitbestimmung für mobil Arbeitende gefunden werden. Die Flexibilität des mobilen Arbeitens darf nicht zur völligen Entgrenzung von Arbeit und Privatleben führen, u.a. braucht es ein Recht auf Nichterreichbarkeit.

### **Eine Industriepolitik für unsere Region**

95 Das industrielle Herz Niedersachsens, ist unsere Region. Dabei spielt die Autoindustrie eine besonders große Rolle. Allein in Niedersachsen hängt jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von Volkswagen ab. Der durch die Digitalisierung und neue Antriebstechnologien vorangetriebene Strukturwandel in der Automobilindustrie muss verantwortungsvoll gestaltet werden. Unser Ziel ist es Arbeitsplätze zu sichern und den Automobilstandort Deutschland und Europa zu stärken – hier müssen auch in Zukunft Autos entwickelt und gebaut werden.

105 Das Geschäftsmodell der Automobilindustrie wird sich verändern. Statt dem Produkt Auto, wird in Zukunft das Produkt Mobilität an sich verkauft. Durch Digitalisierung und Plattformökonomie stellt sich die Frage, ob jeder ein eigenes Auto benötigt, wenn stattdessen auch nur das Recht auf ein Auto, wenn man es gerade braucht bzw. das Recht gefahren zu werden gekauft werden kann. Entsprechend wird in Zukunft Mobilität an sich und nicht nur Autos verkauft werden. Die zweite große Veränderung in der Autoindustrie wird die Veränderung der Antriebstechnologien sein. Schon aus ökologischen Gründen ist die Veränderung hin zu CO2-armen Antriebstechnologien, wie der E-Mobilität nötig, damit  
110 der Mobilitätssektor seinen Teil zur Bekämpfung des Klimawandels leistet.

115 Für unsere Region ist es existenziell, dass diese Veränderungen bei uns stattfinden und wir  
die Augen davor nicht verschließen. Dieses Ziel wird sich nur erreichen lassen, wenn wir  
Vorreiter für eine Mobilitätsinfrastruktur auf höchstem Niveau sind. Wir wollen  
120 Modelregion für den 5G Standard werden. Dieser ist notwendig, um die Technologie des  
autonomen und vernetzten Fahrens ebenso wie modernste und vernetzte  
Fertigungsverfahren umzusetzen. Wenn in unserer Region die besten Autos und die besten  
Mobilitätsdienstleistungen der Welt gebaut und entwickelt werden sollen, dann müssen wir  
auch die entsprechende Infrastruktur bereithalten.

125 Genauso verhält es sich mit der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge. Wir brauchen einen  
massiven und konsequenten Ausbau der Ladeinfrastruktur und der erneuerbaren Energien.  
Es braucht Anreize für die Kundinnen und Kunden auf Elektromobilität umzusteigen. Für  
die Verbraucherinnen und Verbraucher muss E-Mobilität günstiger und praktikabler  
werden. Zudem ergibt der Umstieg auf Elektromobilität nur dann wirklich Sinn, wenn wir  
saubere Energie tanken.

### **Gute, tarifgebundene Arbeitsplätze erhalten und schaffen**

130 In der Industrie sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dank jahrzehntelanger  
Gewerkschaftlicher Arbeit, meist gut und nach Tarif bezahlt. Diese Struktur, die durch  
einen hohen Organisationsgrad und starke Mitbestimmungsrechte erkämpft wurde, gilt es  
zu erhalten. Die Wertschöpfungskette für Autos und Mobilitätsdienstleistungen muss in der  
135 Region bleiben. Konkret wird es am Beispiel Batteriezelle. Wir wollen die  
Batteriezellenforschung in Braunschweig, wir wollen, dass die Produktion in Salzgitter, der  
Verbau in Wolfsburg und das Recycling in Helmstedt stattfindet. So kann die ganze Region  
profitieren. Die Arbeitsplätze müssen auch beim Umstieg auf Elektromobilität erhalten  
bleiben. Die Sicherung von Arbeitsplätzen muss ein wesentlicher Bestandteil des  
140 Unternehmenszwecks in der Automobilindustrie sein.

Wir brauchen innovative und leistungsstarke Unternehmen in allen Größen, die wir bei der  
Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen wollen. Oft sind kleine  
Unternehmen und Startups besonders kreativ um auf dem Markt zu bestehen. Diese kleinen  
145 Unternehmen unterstützen wir, denn sie sind unser Mittelstand von Morgen.

Wir wollen eine stärkere Absicherung von Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmern,  
durch die Sozialversicherungen, um deren individuelle Risiken zu minimieren.

150 Wir wollen, dass Gründerinnen und Gründer sich gerade in den ersten Jahren möglichst  
wenig um Bürokratie kümmern müssen und möglichst viel auf ihr Geschäft konzentrieren  
können. Deswegen soll es einen One-stop-shop geben, also einen einheitlichen digitalen  
Zugangspunkt für alle bürokratischen Angelegenheiten, mit zentralen Ansprechpartnern,  
die Startups übergreifend bei Fragen und bürokratischen Abläufen unterstützen.

155 Wir wollen einen deutschen Wagniskapitalfonds. Erfolgreiche junger Unternehmerinnen  
und Unternehmer haben in Deutschland gerade in der Wachstumsphase Probleme  
Wagniskapital von Risikokapitalgebern zu bekommen. Das wollen wir ändern, um diese  
Gründerinnen und Gründer in Deutschland zu halten.

160 Eine starke Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Für einen starken Sozialstaat ist sie  
unerlässlich. Deswegen gehen für die Sozialdemokratie ein starker Staat und eine starke  
Wirtschaft Hand in Hand.

*Antragsbereich B/ Antrag 4*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Gute Arbeit stärken – die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen!**

(Angenommen)

Wir brauchen mehr Sicherheit im Erwerbsleben in Deutschland. Deshalb müssen befristete Arbeitsverträge auf das absolut Notwendige zurückgedrängt werden. Wir fordern daher:

- 5
1. Die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes in § 14 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) ist zu streichen.
  - 10 2. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und in den Landesregierungen sowie die sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten sollen darauf hinwirken, dass in ihrem Verantwortungsbereich keine sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen mehr erfolgen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 5*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Sachgrundlose befristete Arbeitsverträge verbieten, Kettenbefristung untersagen**

(Angenommen)

Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass sachgrundlos befristete Arbeitsverträge und Kettenbefristungen verboten werden.

- 5
- Die Befristungen mit Sachgrund sollen auf maximal 5 Jahre begrenzt werden und eine Neueinstellung zu Ungunsten der auslaufenden Befristung nach 5 Jahren nur möglich sein, wenn sich die Stellenbeschreibung maßgeblich ändert.

### *Antragsbereich B/ Antrag 6*

*JUSOS*

#### **Befristungsentschädigung – Unsicherheiten durch befristete Arbeitsverträge minimieren**

(Überwiesen als Material an BTF)

- 5
- Wir fordern die Einführung einer sogenannten Befristungsentschädigung für alle Arbeitnehmer\*innen, welche sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befinden. Bei ArbeitnehmerInnen mit befristetem Arbeitsverhältnis soll sich das Bruttogehalt wie folgt zusammensetzen: Ab dem ersten Tag des Beschäftigungsverhältnisses, ist den ArbeitnehmerInnen bis zum 6. Monat das Einstiegsgrundgehalt einer unbefristeten Arbeitskraft mit gleicher Qualifikation zu zahlen. Ab dem sechsten Monat muss dieses Einstiegsgehalt um mindestens 10% erhöht werden, wenn der Arbeitgeber keine unbefristete Beschäftigung der ArbeitnehmerInnen vorsieht. Die maximale Befristungsdauer von 24 Monaten bleibt weiterhin bestehen.
- 10

Durch diese Entschädigung soll zum einen eine zusätzliche finanzielle Stabilität für die

15 Arbeitnehmer\*innen im Unsicherheitsfaktor Befristung geschaffen werden. Zum anderen  
soll dieser zusätzlich zu zahlende Lohn Arbeitgeber\*innen vor der wahllosen Ausstellung  
befristeter Arbeitsverträge abschrecken. Gleichzeitig müssen Maßnahmen ergriffen werden,  
die verhindern, dass die Bruttolöhne gesenkt werden um die Befristungspentschädigung  
20 auszuhebeln. Denkbar ist hierfür die Orientierung an geltenden Tariflöhnen oder den  
geltenden Löhnen für Arbeitnehmer\*innen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen im selben  
Betrieb. Bei Leih-/ ZeitarbeiterInnen setzt sich das Bruttogehalt ab dem ersten Tag des  
Beschäftigungsverhältnisses beim Entleiher, also dem Betrieb, der die Leistung der  
Zeitarbeitsfirma in Anspruch nimmt, wie folgt zusammen: In den ersten 3 Monaten muss  
das Bruttogehalt der Leih-/ ZeitarbeiterInnen mindestens 15% höher als das  
25 Einstiegsgrundgehalt einer unbefristeten Arbeitskraft des Entleihers sein. Bei  
Überschreitung dieser Beschäftigungsdauer erhöht sich das Gehalt nochmals um  
mindestens 10%, sodass Leih-/ ZeitarbeiterInnen dann nach 3 Monaten mindestens 25%  
mehr Gehalt erhalten, als eine unbefristete Arbeitskraft beim Entleiher.

### Antragsbereich B/ Antrag 7

Unterbezirk Helmstedt

#### **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit**

(Angenommen)

5 Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab  
dem ersten Arbeitstag für den Arbeitnehmer festzulegen. Entsprechend dem jeweiligen  
Einstiegsgehalt für vergleichbare unbefristete oder befristete Beschäftigte. Die Höchstdauer  
der Überlassung ist auf 12 Monate zu begrenzen. Die Sonderregelungen für tarifgebundene  
Unternehmen, die Leiharbeit erleichtern sollten, sind abzuschaffen.

Daher sind die

10 § 8 Absätze 2 bis 5 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu streichen

und ist § 1 Absatz 1b Satz 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

15 *Der Verleiher darf den selben Leiharbeitnehmer nicht länger als 18 aufeinander folgende  
Monate demselben Entleiher überlassen; der Entleiher darf denselben Leiharbeitnehmer  
nicht länger als 18 aufeinander folgende Monate tätig werden lassen.*

zu ersetzen durch

20 *Der Verleiher darf den selben Leiharbeitnehmer nicht länger als 12 aufeinander folgende  
Monate demselben Entleiher überlassen; der Entleiher darf denselben Leiharbeitnehmer  
nicht länger als 12 aufeinander folgende Monate tätig werden lassen.*

25 und sind §1 Absatz 1b Satz 3 bis 8 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu streichen.

### Antragsbereich B/ Antrag 9

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

## **Doppelverbeitragung bei Beziehern von Betriebsrenten abschaffen**

(Angenommen)

5 Der SPD Bezirksparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass bei der Auszahlung von Betriebsrenten die volle Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wegfällt und somit analog wie bei der gesetzlichen Rente nur der Arbeitnehmeranteil zu entrichten ist.

### **Antragsbereich B/ Antrag 10**

*Unterbezirk Helmstedt*

## **Gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro; Abschaffung der Ausnahmen bei der Geltung des Mindestlohns**

(Angenommen)

5 Der Mindestlohn ist durch Änderung des Mindestlohngesetzes baldmöglichst auf 12 Euro zu erhöhen. Alle weiteren Erhöhungen durch die Mindestlohnkommission haben sich an dieser Höhe als Basis zu orientieren. Daher sind im Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns § 1 Absatz 2 Satz 1

10 „Die Höhe des Mindestlohns beträgt ab dem 1. Januar 2015 brutto 8,50 Euro je Zeitstunde.“

durch folgenden Satz zu ersetzen:

15 „Die Höhe des Mindestlohns beträgt ab dem 1. Januar 2020 brutto 12 Euro je Zeitstunde.“

Die bisherigen Ausnahmen der Geltung des Mindestlohns für bestimmte Berufsgruppen und für unter 18jährige sind abzuschaffen.

20 Bezüglich der Minijobs ist eine Erhöhung der jetzigen 450 Euro Grenze entsprechend die jetzigen Erhöhungen des Mindestlohns und der geforderten Erhöhungen nötig.

Weiterleitung an Parteikonvent, Bundesparteitag

### **Antragsbereich B/ Antrag 11**

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern**

(Angenommen)

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der Folgendes beinhaltet:

1. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) eines Tarifvertrags nach §5 Abs.1 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) werden entsprechend §7

Abs.5 Sätze2 und3 AEntG angepasst.

10

2. Zur Erhöhung der Rechtssicherheit werden in §5 Abs.1 Satz2 TVG weitere Regelbeispiele eingefügt, wann eine AVE „im öffentlichen Interesse“ ist.

3. §5 Abs.3 TVG ist zu streichen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 12*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Kindergrundsicherung**

(Angenommen)

5

Die SPD soll sich für die Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen. Diese soll das soziokulturelle Existenzminimum einschließlich des Bedarfs für Bildung und Teilhabe abdecken. Die Kindergrundsicherung soll die bisherigen Leistungen zum Familienlastenausgleich (Kindergeld, Kinderzuschläge, Sozialgeld und Kinderfreibeträge) ersetzen. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, muss sie deutlich höher als die bisherigen Leistungen ausfallen.

10

Für Gewährung und Auszahlung soll nur noch eine Stelle zuständig sein, so dass die Beantragung deutlich erleichtert wird.

15

Die Kindergrundsicherung soll mit dem Grenzsteuersatz versteuert werden, so dass Familien ohne Einkommen und Geringverdiener den Höchstsatz erhalten, untere und mittlere Einkommensgruppen entlastet, Gutverdiener\*innen aber nur den Mindestsatz der Grundsicherung in Höhe der heutigen Ersparnisse durch die Kinderfreibeträge bekommen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 13*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Erwerbsminderungsrente würdig gestalten**

(Angenommen)

5

Wir fordern folgende Maßnahmen, um die Erwerbsminderungsrente für Bezieher\*innen würdig und auskömmlich zu gestalten, denn niemand ist freiwillig in der Erwerbsminderung!

10

- Abschläge auf die gesetzliche Höhe je nach Länge der Bezugsdauer von einer Erwerbsminderungsrente müssen abgeschafft werden und der § 77 Abs. 3 SGB VI dahingehend geändert werden
- Der sogenannte Hinzuverdienstdeckel, der die Höchstgrenze von Zuverdiensten in der Erwerbsminderungsrente regelt und nach dem Jahr mit der höchsten Rentenentgeltpunktzahl während der Zeit der vollen Erwerbsfähigkeit berechnet wird, gehört erhöht.
- Eine sofortige Anhebung der Zurechnungszeit vom 62. auf das 65. Lebensjahr in einem Schritt und nicht wie von der Bundesregierung beschlossen schrittweise bis 2024

15

Selbstverständlich müssen die hiergenannten Forderungen wirkungsgleich auf bestehende Erwerbsminderungsrenten angewendet werden.

Antragsbereich B/ **Antrag 15**

JUSOS

**Antrag: Grundrecht auf Existenzminimum – Sanktionen bei Hartz IV abschaffen!**

(Überwiesen als Material an BV, Durchführung einer Bezirks-Veranstaltung)

5 Hartz-IV-EmpfängerInnen, die sich nicht an die Regeln halten, müssen drei Monate lang unterhalb des Existenzminimums leben. Wer ohne wichtigen Grund einen Termin beim Jobcenter versäumt, dem wird die Regelleistung zehn Prozent gekürzt. Wer ein zumutbares Arbeitsverhältnis abbricht, muss mit einer Kürzung von 30 Prozent rechnen. Unter 25-Jährigen wird die Regelleistung sogar komplett gestrichen. „WiederholungstäterInnen“ drohen noch empfindlichere Strafen: Ihnen werden auch die Kosten für Miete und Heizung nicht mehr erstattet. Gerechtfertigt wird das Sanktionssystem vor allem damit, dass es den  
10 Übergang in Beschäftigung beschleunige

15 Solche Sanktionen und Sperrzeiten sind Bestandteil einer Vermittlungstätigkeit, die die Schuld an Arbeitslosigkeit bei den Arbeitslosen sieht, die auf Druck zur Aufnahme unterwertiger Beschäftigung abzielt und die das Vertrauensverhältnis von Erwerbsloser/m und Vermittlungskraft untergräbt. Insbesondere Sanktionen verstoßen zudem gegen das Grundrecht auf Existenzminimum und gefährden in geradezu abstruser Weise eine künftige, stabile Erwerbsintegration sowie insbesondere die Entwicklung junger Menschen. Die demütigenden Sondersanktionen für junge Menschen sind daher sofort abzuschaffen. Aber auch das weitere Sanktions- und Sperrzeitenregime bedarf daher einer grundlegenden  
20 Überarbeitung.

Wir sprechen uns gegen Sanktionen und Sperrzeiten aus und wollen sie abschaffen. Die Grundsicherung stellt ein Existenzminimum dar, das nicht gekürzt werden darf. Wir gehen davon aus, dass kein Mensch gern arbeitslos ist und Menschen eine Perspektive suchen. Ein wie auch immer geartetes Fehlverhalten hat deshalb immer Gründe und Ursachen, die  
25 besprochen werden müssen. Eine Sanktionierung wird diese Umstände aber nie lösen können. Darüber hinaus kann ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Arbeitssuchendem und VermittlerInnen nur entstehen, wenn nicht das Machtmittel der Sanktion zwischen beiden Seiten steht. Damit entsteht erst die Grundlage für eine ko-produzierte Dienstleistung wie (nachhaltige) Erwerbsintegration.

30 Im Rahmen der heutigen Grundversorgung, soll einer arbeitsfähigen Person jede Arbeit bis auf wenige Ausnahmen zumutbar sein. Lehnt ein/e Empfänger\*in von Grundsicherung eine Arbeit ab, die als zumutbar eingestuft wurde, drohen ihr die Sanktionsmaßnahmen. Unabhängig davon, wie wir weiter mit diesen Instrumenten umgehen, müssen die  
35 Zumutbarkeitskriterien entschärft und vereinheitlicht werden. Darüber hinaus muss es Arbeiten geben, die in unserer Gesellschaft schlicht nicht als Vermittlungsangebote aufgenommen werden, weil sie in dieser Form von niemand getätigt werden müssen sollen. So ist nicht verständlich, warum eine Arbeit ie 30% unter Tarif bezahlt wird, noch als zumutbar angesehen und von unseren Job Centern vermittelt wird. Die hiermit verbundene  
40 Botschaft an die Wirtschaft, es sei in Ordnung, spürbar unter Tarif zu zahlen, wollen und können wir nicht weiter tragen. Es muss vielmehr klar sein, dass bestimmte Arbeitsverhältnisse zu bestimmten Bedingungen vom Staat nicht länger durch Vermittlung nicht nur toleriert, sondern noch gefördert werden. Die Kriterien der Zumutbarkeit und der Vermittlungstätigkeit müssen sich an einem respektvollen Umgang mit den Menschen  
45 orientieren.

Antragsbereich B/ **Antrag 16**

## **OV Goslar: Ausbildungsunterstützung**

(Überwiesen als Material an BTF und Bundesarbeitsministerium)

5 Die Mitgliederversammlung des SPD Ortsvereins Goslar möge beschließen: „Der SPD Ortsverein Goslar fordert den Landesvorstand der SPD Niedersachsen, den Bundesvorstand der SPD und Herrn Bundesarbeitsminister Hubertus Heil auf, dafür zu sorgen, dass Kinder / Jugendliche aus Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften die gleichen Leistungen der Berufsberatung der Agentur für Arbeit erhalten wie andere Kinder/ Jugendlichen, die arbeitssuchend/ in einer Berufsausbildung sind.

*Antragsbereich B/ Antrag 17*

*Unterbezirk Goslar*

### **Die SPD bekennt sich klar zur Gleichwertigkeit von Akademischer - und Dualer Ausbildung: Handwerk muss auch weiterhin goldenen Boden haben**

(Angenommen)

5 Eltern haben aus Sorge vor einer vermeintlich schlechteren Zukunft ihrer Kinder darauf gedrungen, dass ein Studium für jeden Fall einer beruflichen Ausbildung im Handwerk der Vorrang zu geben ist. Inzwischen streben 60% der Schulabgänger ein Studium an. Dem Handwerk gehen die Nachwuchskräfte aus. Wir als SPD stehen zu unserem Mittelstand und unseren Handwerksbetrieben und deren Beschäftigte und Azubis. Wir werden auf allen Ebenen deutlich machen, dass eine duale Ausbildung eben nicht weniger wert ist, als ein Studium. Wir setzen uns für gute, wohnortnahe Berufsschulen ein und dafür, dass junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im Handwerk entscheiden, die ihnen zustehende Achtung bekommen. Die Gesellschaft ist auf das Handwerk mit guten Fachkräften und Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen angewiesen. Wir fördern Betriebsübernahmen und werden auch in Zukunft an der Seite des Handwerks und der mittelständischen Unternehmen und deren Beschäftigte und Azubis stehen.

*Antragsbereich B/ Antrag 18*

*Unterbezirk Peine*

### **Bischöfe sind auch nur ArbeitnehmerInnen, Schluss mit staatlichen Gehältern für Kirchenämter**

(Angenommen)

5 Bischöfe, Erzbischöfe, Weihbischöfe, Vikare – all diese Kirchendiener erhalten vom Staat ihre Gehälter. Grund dafür ist eine Situation im Jahre 1803. Fürsten, die Gebiete an Napoleon abtreten mussten wurden mit enteigneten Kirchenbesitztümern entschädigt. Im Gegenzug entschädigte der Staat die Kirche damit, die Gehälter für Bischöfe, Erzbischöfe, Weihbischöfe und Vikare zu bezahlen. Heutzutage richten sich die Gehälter der Bischöfe nach den Besoldungsstufen von Spitzenbeamten. Ein Bischof wird meistens nach der Besoldungsstufe B6 bezahlt und damit erhält er etwa 8.000 Euro als Grundgehalt. Ein Erzbischof kann bis zur Besoldungsstufe B10 kommen und hätte damit ein Grundgehalt von zirka 11.000 Euro. Obendrauf kommen noch Dienstwohnung, Dienstwagen und selbstverständlich ein Fahrer für diesen. All das wird von den Bundesländern gezahlt und ergibt jedes Jahr eine Summe von 400 bis 500 Millionen Euro.

15       Priester, Pfarrer und andere Mitarbeiter werden von den Bistümern oder Diözesen bezahlt.  
Diese Gehälter stammen von den Kirchensteuern. Wir fordern, dass auch Bischöfe von dort  
ihre Gehälter beziehen.

      Dies würde nicht nur eine finanzielle Entlastung für den Staat bedeuten, sondern stellt auch  
einen wichtigen Schritt zu einem echten säkularen Staat dar, in dem alle  
20       Religionsgemeinschaften gleich behandelt werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 19*

*Unterbezirk Goslar*

## **Moderne Industrie mit Verantwortung - Wertschöpfung erhalten, Sicherheit wahren, Menschen mitnehmen**

(Angenommen)

- 5       •  Wir stehen zu den Industrieunternehmen in unserem Landkreis. Wir unterstützen  
eine sinnvolle Fortentwicklung und wollen damit einhergehend die  
Arbeitsplatzsicherung und -schaffung maßgeblich nach vorne bringen.
- 10      •  Wir distanzieren uns klar von der immer noch „überhitzten“ Diskussion um die  
Dieselthematik in Bezug auf Automobile in Deutschland. Denn wir haben große  
Sorge, dass aus einer übereilten Verurteilung ohne genaue Kenntnis über  
zukunfts feste und reichweitenvergleichbare Antriebsarten heraus unser Landkreis  
Goslar, die hier ansässige Industrie und Automobilzulieferer und damit tausende  
Arbeitsplätze in Gefahr geraten könnten. Wir erwarten aber, dass die Verursacher des  
Dieselskandals rechtlich klar zur Verantwortung gezogen werden.
- 15      •  Eine politische Diskussion zum Klimaschutz kann nur so geführt werden, dass  
wir uns nicht mutwillig unser Rückgrat des Wohlstandes des Landes - nämlich die  
wertschöpfende Industrie und unser innovatives Handwerk - demolieren.
- 20      •  Wir erwarten aber auch von ansässigen Industrieunternehmen, sich  
umweltrechtlich in sehr hohem Maße verantwortlich zu zeigen. Unsere Region hat  
bereits an vielen Stellen mit hohen Bodenbelastungen und anderen Umweltschäden  
zu kämpfen. Daher erwarten wir von allen Unternehmen stets eine hohe Bereitschaft  
mit der ansässigen Bevölkerung im engen Kontakt zu
- bleiben und alles für einen optimalen Gesundheitsschutz der hier lebenden  
Menschen zu unternehmen.
- 25      •  In dem Zuge - und aus aktuellem Anlass von Berichten über  
Dioxinüberschreitungen in Oker / Harlingerode - erwarten wir vom zuständigen  
Gewerbeaufsichtsamt eine transparente, schnelle und dem Interesse der Bürgerinnen  
und Bürger folgende offenere Umgangsweise.
- 30      •  Wir verwahren uns vor pauschaler Industrie feindlichkeit, sehen aber sowohl die  
Unternehmen als auch die zuständigen Überwachungsbehörden in der Pflicht, über  
Vorfälle, Konsequenzen und Maßnahmen schnell und verständlich zu informieren.
- Wir bitten den Niedersächsischen Umweltminister sich auf Bundesebene für eine  
deutlich Senkung des Überwachungszeitraums von momentan drei Jahren bei  
Dioxinmissionen einzusetzen. Uns erscheint eine jährliche Überwachung für mehr  
als geboten.

### *Antragsbereich B/ Antrag 20*

*Unterbezirk Braunschweig*

## **Thema: Mehr Steuergerechtigkeit**

(Angenommen)

5 Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass die Steuerbelastung so verändert wird, dass gutverdienende deutlich mehr als bisher zum Steueraufkommen beitragen. Dazu soll zum einen der Höchststeuersatz von 42% angehoben, zum anderen soll auch die Progressionskurve abgeflacht werden, damit zum Beispiel alleinstehende Steuerpflichtige nicht bereits wie heute ab 55.961 Euro zu versteuerndem Einkommen den Höchststeuersatz zahlen sondern erst ab 70.000 Euro Jahreseinkommen.

10 Insgesamt soll das Steueraufkommen des Bundes dadurch nicht reduziert werden. Sollte es zu Mehreinnahmen kommen, kann der steuerfreie Grundfreibetrag von zurzeit 9.168 Euro erhöht werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 21*

*Unterbezirk Braunschweig*

## **Thema: Endlich die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland mildern**

(Überwiesen als Material an BTF)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für Maßnahmen einzusetzen, die der weiterhin sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenwirken.

Dafür sind zum Beispiel entsprechende Maßnahmen einzusetzen:

- Erhöhung der Spitzensteuersätze
- Kapitalerträge wie andere Einkommensarten besteuern
- 10 • Wiedereinführung einer Vermögensteuer (eventuell auch Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe), um staatliche Investitionen zu finanzieren
- stärkere Besteuerung großer Erbschaften (auch von Unternehmenserbschaften)
- Einführung einer Obergrenze für extrem hohe Einkommen
- europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer

15 Erforderlich sind außerdem:

- eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 €
- eine Reduzierung des Arbeitnehmeranteils der Sozialabgaben bei Midi-Jobs und eine steuerliche Entlastung für kleinere und mittlere Einkommen
- 20 • eine verbesserte Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

### *Antragsbereich B/ Antrag 22*

*JUSOS*

## **Verkehrswende jetzt!**

(Überwiesen als Material an die BTF, LTF, SPD-Fraktion im RGB sowie Durchführung einer Bezirks-Veranstaltung )

Die weiter steigenden Emissionen im Verkehrssektor belegen: Deutschland investiert nicht

5 genug in umweltschonende Verkehrs- & Transportmittel. Der aktuelle  
Bundesverkehrswegeplan von 2016 zementiert diesen Umstand, da weiterhin der größte  
Teil der Investitionen in den Straßenverkehr fließt und die Schiene lediglich einen Anteil  
von 41% am Gesamtvolumen erhält. Angesichts der nationalen und europäischen  
Klimaziele sowie den politischen Statements, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern,  
10 eine widersinnige Verkehrspolitik.

Wir brauchen eine ernst gemeinte Verkehrswende, mit entsprechenden Planungen und  
Investitionen. Dabei kommt der Schiene, im Nah-, Güter- und Fernverkehr eine besondere  
Rolle zu.

### 15 Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)

Im Rahmen der Bahnreform trat 1994 das Regionalisierungsgesetz in Kraft, das die  
Verantwortung für den SPNV schließlich 1996 vom Bund auf die Länder übertrug. In  
20 Nahverkehrsgesetzen wurde die Organisation in den einzelnen Bundesländern geregelt.  
Einige Bundesländer übernahmen die Bestellung des SPNV selber, in manchen wurden  
Kommunen und Zweckverbände mit der Bestellung der Verkehrsleistungen beauftragt. In  
Niedersachsen wurden für die Großräume Hannover und Braunschweig  
Kommunalverbände gegründet, für das übrige Land wurde die  
25 Landeseisenbahngesellschaft LNVG eingerichtet.

Die Bundesländer erhalten vom Bund jedes Jahr sogenannte Regionalisierungsmittel, die  
sie für die Bestellung des SPNV verwenden. Diese Finanzmittel werden nach einem  
festgelegten Schlüssel unter den Bundesländern aufgeteilt. Der Großteil der  
Regionalisierungsmittel wird für die Begleichung der Bestellerentgelte im SPNV  
30 verwendet. Der Restbetrag steht den Bundesländern für Schienen-Infrastrukturmaßnahmen,  
Bestellung von Mehrverkehr oder für den allgemeinen ÖPNV (d.h. Busverkehr) zur  
Verfügung. **Wir fordern unter dem Gesichtspunkt steigender Verkehrsleistungen, auch  
nach bereits erfolgten Erhöhungen, eine weitere Aufstockung der Mittel.**

35 **Steigende Trassenpreise, Entgelte an DB Station & Service und wachsende Aufwände  
für Energie machen eine kontinuierliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel  
notwendig. Dem kann nur mit einer Reduktion der Trassennutzungsgebühren durch  
Neuregelungen der Infrastrukturfinanzierung entgegengewirkt werden.**

40 Die Aufgabenträger schreiben die zu erbringenden Leistungen europaweit aus und  
beauftragen anschließend Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) wie die DB Regio und  
andere private EVU wie die Westfalenbahn oder Metronom mit der Erbringung des  
Schienenpersonennahverkehrs. Neben der Verkehrsleistung werden auch bestimmte  
Qualitätsmerkmale definiert, deren Erfüllung über Bonus-Malus-Vereinbarungen  
45 sichergestellt wird. Für die zu erbringende Leistung erhält das EVU vom Aufgabenträger  
ein Entgelt. Je nach Vertragsgestaltung behält das EVU die Fahrgeldeinnahmen  
(Nettovertrag) oder reicht sie an die Aufgabenträger weiter (Bruttovertrag). Da  
**Bruttoverträge den Vorteil haben, dass der Aufgabenträger bei steigenden  
Fahrgeldeinnahmen u.U. Leistungen nachbestellen kann, sollte dies die bevorzugte  
50 Variante eines Verkehrsvertrags sein.**

**Durch die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern gibt es sehr viele  
Aufgabenträger, die regions- und bundeslandübergreifend kooperieren müssen.**  
Beispielsweise waren an der Ausschreibung des Elektronetz Niedersachsen-Ost (ENNO)  
drei Aufgabenträger beteiligt.  
55

Für die Festschreibung von Sitzplatzkapazitäten und die geplante Ausstattung der  
Fahrzeuge müssen vorab qualitativ hochwertige Verkehrserhebungen und -prognosen  
durchgeführt werden. Fehler in der Fahrgastprognose senken die Qualität für viele Jahre

60 drastisch, so führen zu wenige Türen zu längeren Fahrgastwechselzeiten, die wiederum  
Verspätungen und damit eine niedrigere Betriebsqualität bedeuten. **Die  
Sitzplatzkapazitäten sollten flächendeckend ausgeweitet werden, außerdem muss es  
größere Mehrzweckbereiche geben, um eine größere Anzahl von Fahrrädern und  
Rollstühlen transportieren zu können.** Da aufgrund von Zulassungsproblemen und  
häufigen „Kinderkrankheiten“ neue Fahrzeuge nicht immer zu Beginn des  
65 Verkehrsvertrages in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen und es in  
Deutschland keinen Markt für gebrauchte Schienenfahrzeuge gibt, versuchen einige  
Aufgabenträger dieser Entwicklung mit Fahrzeugpools, einer Wiederzulassungsgarantie im  
nächsten Ausschreibungszeitraum oder der Bestellung standardisierter Fahrzeuge  
entgegenzuwirken. **Ebenso sollten sich die Aufgabenträger für den im SPNV-Markt  
70 angestrebten Flächentarifvertrag für ArbeitnehmerInnen stark machen und dies in  
die Ausschreibungen mitaufnehmen.** Die Übernahme der MitarbeiterInnen zu gleichen  
Konditionen ist bei Ausschreibungen in Europa, mit Ausnahme von Deutschland, üblich.

### Schienenpersonenfernverkehr (SPFV)

75 Im Gegensatz zum SPNV wird der Schienenpersonenfernverkehr heute eigenwirtschaftlich  
erbracht. Bei einem Marktanteil von 99,9 % hat die Deutsche Bahn mit ihrer  
Tochtergesellschaft DB Fernverkehr eine Monopolstellung, die dazu führt, dass sich die  
Deutsche Bahn grundsätzlich die Strecken aussuchen kann, auf der sie Fernverkehr  
80 anbietet. Auf diesen kommt es dann oft zu unregelmäßigen Angeboten, das heißt  
Taktlücken, eingeschränkten Verkehrstagen oder verkürzten Zügen. Die im Grundgesetz  
verankerte Daseinsvorsorge vernachlässigt der Bund an dieser Stelle bis heute. Viele große  
Städte wie Krefeld und Chemnitz hat die Deutsche Bahn in der Vergangenheit vom  
Fernverkehr abgehängt.

85 Konkurrenten der Deutschen Bahn haben es schwer als Wettbewerber in den  
Fernverkehrsmarkt einzusteigen, da es hohe Eintrittsbarrieren gibt: ein eingeschränkter  
Zugang zum Schienennetz, hohe Trassen- und Stationsentgelte, aber auch die Publikation  
der angebotenen Verkehre, der Fahrkartenvertrieb und sonstige tarifliche Schwierigkeiten  
wie die Anerkennung von Bahncards. Das Beispiel des Hamburg-Köln-Express (HKX)  
90 zeigt die Bedeutung der tariflichen Integration: seit der HKX den C-Tarif der Bahn  
anerkennt, sind die Fahrgastzahlen deutlich gestiegen.

Trotz der geplanten Fernverkehrsoffensive, den Fernverkehr also wieder stärker in die  
Fläche zu tragen, **muss der Bund seine Infrastruktur unabhängig von den Interessen  
95 einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen planen.** Ähnlich der Strategie „Bahn 2000“  
in der Schweiz, die der Bund und die Eisenbahninfrastruktur- und -verkehrsunternehmen  
gemeinsam entwickelt haben und dabei die KundInnen im Mittelpunkt sahen, müssen wir  
die deutsche Verkehrsplanung weiterentwickeln. Dazu gehört, einen **kundenorientierten  
Fernverkehrsplan zu entwickeln, der ein gesetzlich vorgeschriebenes Mindestangebot  
100 im SPFV enthält.**

Um ferner die Akzeptanz des Schienenfernverkehrs zu erhöhen, ist es notwendig, die  
**Mehrwertsteuer auch für den Fernverkehr** von 19% auf 7% zu senken und somit die  
Auslastung der Züge zu verbessern.

105

### Grenzüberschreitender Schienenverkehr

110 In Europa existieren viele historisch gewachsene nationale Bahnsysteme, die sich in der  
Spurweite, dem Lichtraumprofil, dem Stromsystem oder den Zugbeeinflussungs- &  
Sicherheitssystemen unterscheiden und damit einen grenzüberschreitenden Bahnverkehr  
behindern. So ist bei internationalen Zügen meistens ein Lokwechsel im jeweiligen

115 Grenzbahnhof nötig, in besonders schwierigen Fällen müssen Fahrgäste umsteigen oder  
Güter umgeladen werden. Aufwändige nationale Zulassungsverfahren erschweren die  
Verwendung von Mehrsystemfahrzeugen, die auf verschiedenen Bahnnetzen verkehren  
können. Nicht abgestimmte technische Systeme, bspw. optisch ähnliche Signalbegriffe mit  
national vollkommen unterschiedlicher Bedeutung oder eine nicht identische Bemessung  
von Bremswegen, tragen dazu bei, dass grenzüberschreitender Schienenverkehr ineffizient  
und teuer ist und darüber hinaus ein Sicherheitsrisiko darstellt.

120 Durch die Umsetzung des europäischen Binnenmarktes und der wachsenden  
wirtschaftlichen Verbindungen sind das Transportaufkommen und die  
Wettbewerbsintensität im grenzüberschreitenden Verkehr in den vergangenen Jahren  
kontinuierlich gestiegen. Heute ist annähernd die Hälfte des europäischen  
125 Schienengüterverkehrs (SGV) dem grenzüberschreitenden Verkehr zuzuordnen. Durch die  
Globalisierung wird eine weitere Konzentration des SGV auf langlaufende nationale und  
internationale Verbindungen prognostiziert, was im Grunde auch dem Systemvorteil  
schienengebundenem Verkehrs entspricht. Jedoch offenbart sich hier, wie sehr der  
Schienenverkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern benachteiligt wird. Insbesondere  
130 die Qualität des SGV kann immer weniger mit dem Straßengüterverkehr mithalten.  
Durchschnittliche (Fahrplan-)Transportgeschwindigkeiten von unter 20 Stundenkilometern,  
durch Grenzaufenthalte induzierte Verspätungen, mangelnde zeitliche Flexibilität, sowie  
unklare Zuständigkeiten führten dazu, dass der Verkehrsleistungsanteil des SGV am  
gesamten Gütergrenzverkehr in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist.

135 Die Europäische Union hat sich daher bereits in den 1980er Jahren das Ziel gesetzt,  
wesentliche Elemente des europäischen Schienenverkehrs zu vereinheitlichen. Das  
elementare Ziel der europäischen Politik zur Schaffung eines einheitlichen europäischen  
Schienenverkehrsmarktes ist, zwischen den nationalstaatlichen Netzen für Interoperabilität  
140 zu sorgen. Also einer Verknüpfungsqualität, die einen nahtlosen Übergang an den  
Schnittstellen ermöglicht. Um dies zu erreichen, wurden die TSI (Technischen  
Spezifikationen für die Interoperabilität) eingeführt, mit deren Hilfe grundlegende  
Anforderungen an die Fahrzeuge und die Infrastruktur festgelegt werden. Des Weiteren  
wurden umfangreiche Richtlinien-Pakete verabschiedet, welche die rechtliche Basis für  
145 einen freien Netzzugang schufen (Marktöffnung, intramodaler Wettbewerb) und die  
Eisenbahnsicherheit erhöhten.

Einen Schwerpunkt der von der EU geförderten Forschungen bildet die Entwicklung des  
europäischen Betriebsleit- und Informationssystems ERTMS (European Rail Traffic  
150 Management System), dessen Bestandteil **ETCS (European Train Control System)** als  
europäischer Nachfolger der nationalen Signalsysteme etabliert werden soll. **Dieses muss  
rasch flächendeckend installiert werden.**

155 Die Bilanz dieser Bemühungen ist jedoch ernüchternd, wichtige (Güter-)Transitländer wie  
Deutschland haben ihre grenzüberschreitenden Verbindungen trotz steigendem  
Verkehrsaufkommens nur marginal ausgebaut. Die bisherigen Investitionen haben kaum  
mehr als den Erhalt der bisherigen Infrastruktur ermöglicht. Dabei ist das Potenzial der  
Schiene bei weitem noch nicht ausgeschöpft und muss mittels **erhöhter Investitionen und  
Planungskapazitäten** gehoben werden. Neben den bestehenden Strecken brauchen wir  
160 ferner **mehr grenzüberschreitende Strecken**, um etwa dem Flugverkehr Marktanteile  
abzunehmen.

### Integraler Taktfahrplan im Schienenverkehr

165 Um den Schienenverkehr grundlegend zu verbessern, bedarf es einer **anderen  
Planungsphilosophie wie bisher**. Wurde Infrastruktur aus- oder neugebaut, so wurde erst  
anschließend versucht, auf dieser bereits gebauten Infrastruktur einen Fahrplan zu  
konstruieren.

170 Am Beispiel Schweiz zeigt sich, dass es deutlich mehr Sinn macht, vom gewünschten Ergebnis aus zu planen. Man muss sich also Gedanken machen, welche Reisezeit man zwischen zwei Knotenbahnhöfen erreichen muss, um an beiden Bahnhöfen optimale Anschlüsse zu generieren.

175 Dieses Konzept nennt man Integraler Taktfahrplan. Dabei erreichen die Züge etwa gleichzeitig einen Knotenbahnhof in regelmäßigem Takt und bieten dort innerhalb eines kurzen Zeitfensters von 5-15 Minuten Anschlüsse in alle Richtungen bevor sie diesen wieder verlassen.

180 Die deutsche Bundesregierung hat 2017 eine Studie veröffentlicht, die einen deutschlandweiten integralen Taktfahrplan („Deutschland-Takt“) grundsätzlich für machbar hält. Im Koalitionsvertrag der aktuellen, im März 2018 gebildeten Bundesregierung heißt es: „Wir werden die Umsetzung des Deutschlandtakts vorantreiben. Die dafür vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir bevorzugt realisieren. Unser Ziel ist, vertakteten Fernverkehr auf der Schiene deutlich zu stärken, das beinhaltet auch eine Ausweitung des Angebots auf größere Städte und Regionen, so dass mehr Menschen von Direktverbindungen im Fernverkehr profitieren.“

185 Eine einseitige Betrachtung des Fernverkehrs darf es nicht geben, nur **durch eine integrierte Betrachtung von Nah-, Güter- und Fernverkehr lässt sich ein sinnvoller Taktfahrplan erreichen.**

190

### Nachhaltiger Infrastrukturausbau

195 Ein wesentliches Ziel von Nachhaltigkeit ist die **Reduzierung des Flächenverbrauchs**. Während für Straßen viel Platz benötigt wird, kommen Bahnstrecken oft mit deutlich weniger Fläche aus. Unser Ziel sind mehr Bahnstrecken, die entsprechend dem Integralen Taktfahrplan ausgebaut werden. Der Tunneleinsturz bei Rastatt im August 2017 hat eindrücklich gezeigt, welche großen Probleme fehlende Ausweichstrecken verursachen. Deshalb müssen diese in künftigen Bundesverkehrswegeplänen bzw. Kosten-Nutzen-Untersuchungen berücksichtigt werden.

200

205 Mit Blick auf die Zukunft wird die Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe deutlich sinken, deshalb benötigen wir vor allem **mehr elektrisch befahrbare Bahnstrecken**. Der aktuelle Elektrifizierungsgrad liegt in Deutschland lediglich bei gerade einmal 60%, die restlichen Strecken werden fast ausnahmslos mit Dieselloks und -triebwagen befahren. Effektive Baumaßnahmen erfordern eine **Beschleunigung der bisweilen langwierigen Planungs- und Bauphasen von Infrastrukturprojekten**. Bei diesen ist im weiteren Verlauf darauf zu achten, dass auch **infrastrukturseitig größere Kapazitäten** eingeplant werden. Vielerorts sind mehr Gleise und vor allem längere Bahnsteige notwendig. Damit ein großer Ausbau des deutschen Bahnnetzes gelingen kann, muss der bisherige Sparzwang und die Investitionszurückhaltung aufgegeben werden. **Die Verstaatlichung des deutschen Bahnnetzes ist ein wichtiger Beitrag, um eine angemessene und umweltschonende Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten.**

210

215 Ebenso wichtig ist für uns, die **Privatisierung von Autobahnen zu vermeiden**, da dies lediglich zu steigenden Kosten für die Allgemeinheit führt, wie uns bereits einige Beispiele gelehrt haben. Auch hier kommt es darauf an, die Mittel möglichst effektiv einzusetzen und im Vorfeld den **Planungs- und Genehmigungsaufwand zu reduzieren.**

### Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

220

Vor allem in größeren Städten ist der ÖPNV unverzichtbar geworden. Regionalzüge, Straßenbahnen, Busse und U-Bahnen können dort ihren Systemvorteil als

Massentransportmittel voll entfalten. In **dichtem Takt verkehrende und gut miteinander vernetzte Verkehrsmittel** bilden eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr.

225 Aber auch in weniger dicht besiedelten Gegenden ist der ÖPNV eine ernstzunehmende Alternative, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind. Gerade in Tagesrandzeiten unterliegt man einem subjektiven Gefühl der Unsicherheit, mangelnde Anschlüsse, fehlende Beleuchtungen und verlassene Haltestellen tragen dazu bei. Der Staat muss hier seiner Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommen und Mobilität für alle gewährleisten. **Ein dichter Takt, ausgeweitete Betriebszeiten, mehr Kundenservice mit Ansprechpartnern vor Ort, gute Beleuchtung, sichere Anschlüsse, mehr Direktverbindungen und sauberen Haltestellen und Verkehrsmittel** machen den ÖPNV insgesamt attraktiver.

235 Auch wenn der ÖPNV nicht überall kostendeckend betrieben werden kann, steht für uns der Mensch im Mittelpunkt. Wir wollen eine **verstärkte Ausrichtung nach den tatsächlichen Kundenbedürfnissen** erreichen. Um die finanziellen Defizite dennoch zu begrenzen, soll in sehr dünnbesiedelten Gegenden verstärkt über Anrufsammeltaxis, Anruflinientaxis oder Kleinbusse nachgedacht werden. **Das Ziel muss sein, jeden Ort in Deutschland mit dem ÖPNV regelmäßig erreichbar zu machen.**

240 **Höhere Investitionen in die Erforschung von alternativen Energiekonzepten** sind notwendig, um auch den straßengebundenen Verkehr umweltschonend zu gestalten. Diese Forschungen sollten jedoch möglichst technologieoffen erfolgen. Langfristig müssen alle auf fossilen Energieträgern basierenden Verkehrsmittel zwingend ersetzt werden, dies kann zum Beispiel durch Elektrobusse mit integrierter Feststoffbatterie oder Brennstoffzellenantriebe erfolgen.

#### **Motorisierter Individualverkehr (MIV)**

250 Da das Mobilitätsbedürfnis der Menschen kontinuierlich wächst, ist auch der PKW-Verkehr weiterhin von Bedeutung. Jedoch müssen diesem angesichts seiner vielfältigen Nachteile Grenzen gesetzt werden. Dies gilt ebenso dem Lkw-Verkehr, der schon seit Jahren erfolglos auf die Schiene verlagert werden soll. Zunehmend schwerere und längere Straßengütertransporte verursachen infolge höherer Belastungen der Straßen und Brücken vermehrt Schäden, die aufwendig repariert werden müssen. Immer mehr Brücken müssen sogar komplett ersetzt werden.

260 Aber auch eine **Reduzierung des ruhenden Verkehrs**, das heißt der parkenden Fahrzeuge, wird vielerorts deutliche Verbesserungen erzielen. Straßenflächen, die in großer Menge und oft ungenutzt vorgehalten werden sowie geplante Straßenverkehrsflächen wie Ortsumgehungen, können zukünftig anderweitig nutzbar gemacht werden, dies könnte Wohnungsmangel vorbeugen und mehr Raum für die Landwirtschaft schaffen. Nichtsdestotrotz erachten wir es als notwendig, die **Verknüpfung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern und mehr Park-and-Ride-Plätze anzubieten.**

265 Neben dem Platzbedarf sprechen auch noch weitere Gründe für dringend notwendige Veränderungen. Verkehrssicherheit beschäftigt viele Menschen. Erwiesenermaßen ist das Risiko, im Straßenverkehr zu verunfallen, deutlich höher als bei allen anderen Verkehrsmitteln. Besonders die hohen Geschwindigkeiten auf vielen Autobahnen sind ein großes Sicherheitsrisiko und fördern einen erhöhten Schadstoffausstoß sowie mehr Lärm. **Wir fordern deshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen deutschen Autobahnen.**

#### **Fahrradverkehr**

275 Das Fahrrad ist für uns ein elementarer Bestandteil der Verkehrswende, denn er kommt  
allen Menschen zugute, auch denjenigen, die überwiegend das Auto nutzen oder zu Fuß  
gehen. Radverkehr ist als umweltfreundlicher Verkehr weder mit Lärm noch mit  
schädlichen Emissionen verbunden und sein Flächenbedarf ist gering. Zusammen mit dem  
280 ÖPNV und dem Fußverkehr bietet er die Möglichkeit, insbesondere die Innenstädte vom  
Kraftfahrzeugverkehr und damit vom Stau sowie von Schadstoffen und Lärm zu entlasten.  
Nicht zuletzt aus diesem Grund werden Städte, Gemeinden und Regionen mit hohen  
Radverkehrsanteilen meistens als besonders lebendig und lebenswert bewertet. Dafür  
müssen Fahrräder jederzeit verfügbar sein. Das wollen wir u.a. durch **verstärktes  
Bikesharing** erreichen. Nur wem schnell, unbürokratisch und günstig ein Fahrrad zur  
285 Verfügung steht, zieht es als alternatives Verkehrsmittel in Betracht.

Die Abstellung und Verwahrung von Fahrrädern muss deutlich verbessert werden.  
Unhaltbare Zustände wie die am Braunschweiger Hauptbahnhof schaden der Attraktivität  
der Stadt und machen das Radfahren insgesamt unattraktiv. Unsere Devise lautet daher:  
290 **Mehr Fahrradständer, -boxen oder -häuser**, je nach Standort eine Kombination  
verschiedener Varianten und diese **möglichst in direkter Nähe zu Bus und Bahn**. Da  
inzwischen immer mehr E-Bikes auf unseren Straßen unterwegs sind, sind zukünftig auch  
**Lademöglichkeiten an Abstellanlagen und weiteren wichtigen Plätzen** vorzuhalten.

295 Städte und Gemeinden sollten ganzheitliche Ansätze in Betracht ziehen und  
**Verkehrsentwicklungspläne erstellen**, in denen der Radverkehr eine prominente Stellung  
einnimmt. Innerhalb dieses Prozesses ist ein **Radverkehrsplan zu erstellen**, um den  
Bedarf an zusätzlichen oder auszubauenden Strecken zu ermitteln. **Neben zusätzlichen  
Fahrradwegen bzw. Fahrradschnellwegen ist es eminent, diese laut aktueller  
300 Richtlinien ausreichend breit und barrierefrei zu errichten**. Dies gilt im Übrigen  
besonders im Bereich von Kreuzungen, um Unfällen vorzubeugen. Weiter wird eine **gute  
Beleuchtung und Beschilderung der Wege** als notwendig erachtet.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 24*

##### *Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: Einführung einer Kerosinsteuer/ Änderung des Mineralölsteuergesetzes**

(Angenommen)

Die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im europäischen Parlament wird  
aufgefordert, sich für eine Steuer auf Flugtreibstoff in der gewerblichen Luftfahrt in der  
5 europäischen Union bei kommerziellen Inlandsflügen einzusetzen.

Um die fiskalischen und ökologischen Ziele zu erreichen, müssen die  
Luftfahrtgesellschaften die Verbrauchsdaten an die Finanzverwaltung melden.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 25*

##### *Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: Einführung einer CO2-Steuer**

(Überwiesen als Material an BTF)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Einführung einer Steuer auf  
alle fossilen Brennstoffe einzusetzen, die sich am CO2-Ausstoß bemisst. Damit soll der

5 CO2-Ausstoß verteuert werden, um so Anreize für die Energieeinsparung und den Umstieg auf regenerativen Energien zu geben. Die Steuer soll in regelmäßigen Schritten erhöht werden, um berechenbare Grundlagen für die notwendigen Umstellungen zu schaffen.

10 Um soziale Härten zu vermeiden, sollten die Mehreinnahmen für entsprechende Entlastungen genutzt werden, z.B. über eine Senkung der Stromsteuer, Entlastungen bei der Lohnsteuer im unteren Bereich oder Schecks am Jahresende, mit denen das Geld an die Bürger zurückgezahlt wird.

## *Antragsbereich B/ Antrag 26*

*Bezirk Braunschweig*

### **Sicherheit ist Lebensqualität**

(Angenommen)

5 Sicherheit ist Lebensqualität - Die weitere Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit sowie die fortlaufende Verbesserung der Situation bei der Polizei ist ein Schwerpunkt sozial-demokratischer Politik

10 Ein Leben in Unsicherheit, Angst auf die Straße zu gehen, die Sorge Opfer einer Straftat zu werden - sei es begründet oder unbegründet - ist äußerst belastend und kann sogar in die soziale Isolation führen. (Subjektive) Sicherheit ist Lebensqualität, insbesondere für diejenigen, die sich keine Sicherheit kaufen können. Diejenigen, die sich beispielsweise abends kein Taxi nach Hause leisten können, sondern auf Öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und die letzten Meter zu Fuß zurücklegen müssen. Insbesondere ältere Menschen machen so nur noch die nötigsten Wege und verzichten darauf auf die Straße zu gehen soweit dies nicht unbedingt erforderlich ist.

15 Das Thema Innere Sicherheit und hier insbesondere auch die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls jedes/jeder einzelnen ist daher gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein herausragendes Thema.

20 Innere Sicherheit hat viele Facetten. Dazu gehört ein modernes Gefahrenabwehrgesetz, welches eine Balance findet zwischen den Eingriffsbefugnissen der Polizei sowie den Ordnungsbehörden und den Freiheiten jedes einzelnen, die in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat so wichtig sind. Ein sozialer Rechtsstaat verpflichtet den Staat jedoch auch, für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu sorgen und die Freiheit zu garantieren.

30 Nicht nur die Polizei ist für die Garantie der Inneren Sicherheit zuständig, von daher müssen alle Bereiche, die mitverantwortlich sind, gestärkt werden. Insbesondere aber ist es die Polizei, die die Sicherheit gewährleisten soll. Dazu bedarf es einer gut ausgebildeten und hoch motivierten Polizei. Die Voraussetzungen dafür zu gewährleisten ist unsere Aufgabe.

35 Trotz viele Verbesserungen, die die niedersächsische Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften, insbesondere mit der größten, der Gewerkschaft der Polizei, durchgeführt hat, ist die Stimmung in der Polizei zurzeit sehr ambivalent. Die in der Polizei beschäftigten Menschen, egal ob Tarif, Verwaltung oder Exekutive, führen ihren Beruf mit hoher Leidenschaft und starkem Engagement aus. Die Rahmenbedingungen für die Polizei wurden jedoch bis zur Übernahme der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung im Jahr 2013 nicht ausreichend verbessert, im Gegenteil. Trotz der Verbesserungen in den

40 letzten Jahren durch unseren sozialdemokratischen Innenminister Boris Pistorius und durch  
die SPD-Landtagsfraktion, gibt es weiter Verbesserungspotential. So hat das  
Bundesverwaltungsgericht im Oktober 2018 festgestellt, dass die Bezahlung der  
Niedersächsischen Beamten verfassungswidrig niedrig ist. Die Frage liegt zurzeit dem  
45 Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Die Wartezeit von 10 Jahren und länger  
auf eine erste Beförderung von A 9 nach A 10 für die meisten Polizeibeamtinnen und  
-beamten ist viel zu lang, gerade auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Die  
Ausstattung der Polizei hat sich durch uns zwar in den letzten Jahren erheblich verbessert,  
dennoch ist insbesondere die räumliche Unterbringung vieler Polizeidienststellen nicht  
50 mehr zeitgemäß. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass dies auch Auswirkungen auf  
die Arbeitsmotivation und die Arbeitszufriedenheit und die Identifikation mit der Arbeit  
hat, besteht hier Verbesserungsbedarf.

Um die Arbeitssituation bei der Polizei weiter zu verbessern und die Arbeitsmotivation  
unserer Polizistinnen und Polizisten weiterhin zu erhalten sind folgende Maßnahmen in den  
55 kommenden Jahren umzusetzen:

- Unsere Polizistinnen und Polizisten, die Verwaltungsbeamtinnen und –beamten sowie die  
Tarifbeschäftigten bei der Polizei müssen angemessen und verfassungsgemäß vergütet  
werden. Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich
- 60 • Prüfung der Einführung einer Jahressonderzahlung für Beamte in Niedersachsen.
- Verkürzung der Wartezeit für eine Beförderung nach A 10 auf max. 5 Jahre sowie
- kontinuierliche Erhöhung der Erschwerniszulagen, insbesondere für den Dienst zu  
65 ungünstigen Zeiten (DuZ)
- Reduzierung der Belastungen bei den Polizeibeamtinnen und Beamten durch eine  
Fortsetzung der begonnenen Aufgabenkritik und Aufrechterhaltung der hohen  
Einstellungszahlen, um insbesondere die Präsenz in der Fläche zur Stärkung des  
70 subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung weiter zu verbessern.
- Beibehaltung der hohen Kompetenz in den polizeilichen Ermittlungsbereichen durch ein  
Spezialisierungs-Fortbildungs-Konzept
- Erhöhung der Investitionen in die technische Ausstattung und die räumliche  
75 Unterbringung zur Schaffung moderner und zeitgemäßer Arbeitsbedingungen für alle  
Polizeibeamtinnen und Beamten.
- Perspektiven für Verwaltungsbeamtinnen und –beamte, so dass sie mit ihrem erworbenen  
Fach- und Organisationswissen auch langfristig in der Polizei bleiben sowie auch für die  
80 Tarifbeschäftigten in der Polizei.

Aufgrund der immer steigenden Konkurrenzsituation zu anderen Bundesländern sowie dem  
Bund und der Feststellung, dass es immer schwieriger werden wird, ausreichend adäquates  
Personal für die schwierige Polizeiarbeit zu akquirieren, sind weitere Maßnahmen  
85 notwendig, z.B. Verbesserung der Arbeitszeiten - insbesondere für belastende Dienste-, des  
Gesundheitsmanagements sowie der begonnenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.  
Auch muss die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage auch in  
Niedersachsen geprüft werden, andere Länder führen diese gerade wieder ein und verbessern  
das Gehaltsgefüge in der Polizei fortlaufend. Hier muss auch Niedersachsen auf  
90 Augenhöhe agieren und darf nicht auf den hinteren Plätzen im Landevergleich verharren.

Die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen vertrauen ihrer Polizei und erwarten, dass sie  
für die Garantie der inneren Sicherheit -und damit auch für ihr subjektives  
Sicherheitsgefühl- gut bezahlt werden.

95 Es ist und bleibt Anspruch der Sozialdemokratie in Niedersachsen die richtigen Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig in engem Austausch mit den Personal- und Berufsvertretungen durchzuführen.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 27*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

### **Kein Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild**

(Angenommen)

5 Der SPD-Parteivorstand, der SPD-Landesverband Niedersachsen, die SPD-Fraktionen des Bundestags und des Niedersächsischen Landtags sowie der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius werden aufgefordert, sich bei der zwischen CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode vereinbarten Erarbeitung eines gemeinsamen Musterpolizeigesetzes gegen eine Heranziehung des mit den Gesetzen vom 24. Juli 2017 (Gesetz zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen) und 18. Mai 10 geänderten Polizeiaufgabengesetzes in Bayern (BayPAG) als Vorbild einzusetzen. Die Ausarbeitung eines Musterpolizeigesetzes ist zumindest solange auszusetzen, bis die derzeit anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen das BayPAG durch das Bundesverfassungsgericht entschieden worden sind.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 28*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

### **Flüchtlingspolitik und Zuwanderung humanitär gestalten – Masterplan Migration stoppen!**

(Überwiesen als Material an BTF)

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Umsetzung des Masterplans Migration des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 4. Juli 2018 zu verhindern und sich dafür einzusetzen,

- 10 1. die Fluchtursachen durch gezielte Außen-, Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu bekämpfen und Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen,
2. die Fluchtursachen durch europäische Handels- und Agrarpolitik bekämpfen, die den Entwicklungsländern ermöglicht, ihre heimische Produktion besser zu schützen
- 15 3. humanitäre Visa für politisch verfolgte Flüchtlinge zu schaffen,
4. Arbeits- und Ausbildungsmigration auch für geringer qualifizierte Menschen zu erleichtern und Angebote bereitzustellen,
5. die Seenotrettung von Geflüchteten zu unterstützen statt Frontex auszubauen und keine Ausschiffungsplattformen in Nordafrika zu errichten,
- 20 6. sich für einheitliche europäische Asyl-Standards nach der EMRK und eine gerechte

Verteilung innerhalb der EU unter Berücksichtigung der Wünsche der Geflüchteten einzusetzen,

- 25 7. keine Transitzentren (Lager) an den Grenzen zu schaffen,
8. keine AnKER-Zentren in den Ländern zu errichten und den Vorrang der Sachleistungen bei Asylbewerbern abzulehnen,
- 30 9. finanzielle Hilfen, Angebote und Unterstützungen bei der Integration von Geflüchteten für die Gemeinden zu schaffen,
10. freiwillige Rückkehr zu fördern und
- 35 11. keinen weiteren Einschränkungen des Rechtsschutzes im Asylverfahren und keinen Sondergerichten in AnKER-Zentren zuzustimmen sowie
12. einen Spurwechsel für solche Antragssteller zu ermöglichen, die sich am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Ausbildung oder an der Universität besonders gut integrieren. Sie sollten aus dem Anerkennungsverfahren ausscheiden können und dafür die Möglichkeit des Vollzugs der Zuwanderung erhalten.

### *Antragsbereich B/ Antrag 29*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Anker spenden statt AnKER Zentren!**

(Angenommen)

Anker spenden statt AnKER Zentren!

5 Wir fordern die SPD und insbesondere alle bundespolitischen Vertreter\*innen des Bezirks Braunschweig dazu auf, jegliche menschenverachtende Asylpolitik konsequent und aktiv abzulehnen. Im Speziellen muss verdeutlicht werden, dass es AnKER Zentren mit der SPD nicht geben wird. Weder vom Begriff, noch von der geplanten Umsetzung. Für uns geht es dabei auch darum festzustellen, dass rassistische Äußerungen, wie sie nahezu täglich von rechtspopulistischen Parteien geäußert werden nicht gesellschaftsfähig sind. Zudem sollte

10 die Bundes SPD klarmachen, dass wir Sozialdemokrat\*innen diese Politik und Begriffe nicht unterstützen. Wir sollten keine Angst haben, sondern mutig für Moral und Demokratie eintreten!

15 Das AnKER steht in diesem Fall in keiner Weise für den sicheren Hafen, wie er sprichwörtlich häufig zu verstehen ist. Vielmehr geht es um die Bestrebungen der CSU, dass Aufnahmebehörden der Länder umgeformt werden. AnKER steht dabei für:

- • An(kunft),
- • k(ommunale Verteilung),
- 20 • • E(ntscheidung)
- • R(ückführung)

Wir sind der Meinung, dass es sich dabei lediglich um Wahlkampfpopulismus der CSU handelt. Zwar ist immer noch nicht genau bekannt, wie die CSU sich diese Zentren vorstellt, jedoch reichen die bereits genannten Punkte um massive Kritik an diesem Projekt anzubringen.

25

Wenn man sich den Begriff anguckt, so wird durch das integrierte „R“ sofort deutlich, dass es hierbei nicht um ein objektives Asylverfahren sondern, um eine Ursachenforschung zur

30 Abschiebung handelt. Für uns ist dies sowohl rechtlich nicht mit der Genfer Konvention,  
als auch moralisch nicht mit unserem Wertesystem vereinbar. Die Menschen, die  
größtenteils aus einer Region der Welt kommen, in der sie verfolgt werden und die Terror  
und Krieg erlebt haben, kommen hier hin, um endlich in Sicherheit zu sein. Wenn man sie  
nun einsperrt (Die bereits vorhanden AnKER Zentren in Bayern sollen geschlossen sein.  
35 Inwieweit der Bundesinnenminister das für ganz Deutschland plant ist momentan noch  
nicht bekannt.), statt herzlich empfangen werden, so folgt daraus eine weitere  
Verunsicherung und eine Verlängerung psychischen Qualen, denen diese Menschen ja  
eigentlich entkommen wollten. Des Weiteren halten wir die so entstehende Zentralisierung  
der Geflüchteten für hinderlich bei der Integration. Es soll den Menschen die Möglichkeit  
40 gegeben werden, sich in funktionierende soziale Systeme zu integrieren und somit die  
gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Nur so schaffen wir es, dass sich die Menschen  
hier wohlfühlen und allgemein gesellschaftlich akzeptiert werden. Es ist sehr auffällig, dass  
insbesondere Bundesländer mit einem geringen Anteil an Menschen mit  
Migrationshintergrund die Aufnahme von geflüchteten am meisten Ablehnung findet. Oft  
45 wird diese Position unter Nichtberücksichtigung von einzelnen Schicksalen gebildet. Eine  
Verteilung in alle Bereiche einer Stadt fördert die Bekämpfung der Anonymisierung des  
Problems. An den bereits vorhandenen Beispielen ist ersichtlich, dass Menschen, die viel in  
Kontakt mit Geflüchteten kommen, diese größtenteils respektieren und unterstützen. Die  
erzwungene Zentralisierung lehnen wir aus diesem Grund ab.

50 An den bisher eingerichteten Zentren (bspw. Bamberg) hat sich eine massive  
Verschlechterung der Lage der Geflüchteten gezeigt. Besonders die psychologischen  
Rahmenbedingungen haben sich gewandelt. Menschen, die vor Terror und Krieg geflohen  
sind werden nun als erstes in Deutschland eingesperrt. Einige Geflüchtete berichten sich  
55 „...wie im Gefängnis und unter Sklaverei zu fühlen...“. Des Weiteren ist der Zugang zu  
Rechtsmittel zur Anfechtung eines BaMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)  
Beschlusses erschwert worden. Für uns entzieht sich auch die praktische Umsetzung jedem  
Verständnis von Menschlichkeit. In diesem Land müssen alle Menschen die Möglichkeit  
haben, Entscheidungen, die durch Behörden getroffen wurden, rechtlich anzufechten und  
60 auf einer neutralen Ebene überprüfen zu lassen.

Aus diesem Grund begrüßen wir die Haltung der SPD Niedersachsen, die sich gegen die  
Errichtung dieser Einrichtungen ausspricht. Allerdings muss dieser Standpunkt auch unter  
größtmöglichen Druck der CDU, die AnKER Zentren auch in Niedersachsen möchte,  
65 vertreten werden. Kompromisse, welche in diesem Fall die Folge haben, dass  
Menschenrechte mit Füßen getreten werden darf es nicht geben.

Die bisherige Regelung in Niedersachsen ist zwar nicht perfekt, findet allerdings eine  
relativ hohe Anerkennung bei den dort Beschäftigten und den Flüchtlingshilfenetzwerken.  
Wir fordern, statt einer kompletten Erneuerung eine Verbesserung des jetzigen Systems.  
70 Mehr Personal für das Bundesamt für Migration beispielsweise beschleunigt die Verfahren,  
entlastet die Mitarbeiter\*innen und schützt vor Fehlern und Korruption. Neben den  
Mitarbeiter\*innen beim BaMF fordern wir in diesem Zusammenhang im speziellen, aber  
auch im Allgemeinen die Justiz zu stärken. So werden alle Verfahren beschleunigt, ohne die  
75 Qualität zu verlieren. Es kann kein hinnehmbarer Zustand sein, dass Menschen auf der  
Flucht teilweise Jahre auf eine endgültige Entscheidung warten müssen. Dies ist allerdings  
kein Grund geflüchteten die Rechtsmittel zu verwehren, die nach unserem Grundgesetz  
jedem zustehen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 35*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Regelung eines bundeseinheitlichen Cannabisgrenzwerts im Straßenverkehr**

(Angenommen)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Änderungen verkehrsrechtlicher Vorschriften im Hinblick auf den Umgang mit Cannabis im öffentlichen Straßenverkehr einzusetzen: In §24a StVG und der Anlage4 zur FeV sollen die Kriterien und Grenzwerte, die ein Bußgeld bzw. einen Entzug der Fahrerlaubnis wegen Cannabiskonsum zur Folge haben, bundeseinheitlich geregelt werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 36*

*Unterbezirk Braunschweig*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Thema: Stärkung des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität Informationstechnischer Systeme („Computergrundrecht“)**

(Angenommen)

5 Der UB Parteitag fordert die Fraktion der SPD im Niedersächsischen Landtag auf, in Niedersachsen ein Gesetzgebungsverfahren anzustoßen und sich auch im Bundesrat für die Einführung eines Gesetzes einzusetzen, welches die folgenden Punkte gesetzlich verankert:

10 Sicherheitslücken, die staatlichen Stellen zur Kenntnis gelangen, sind umgehend dem/der Hersteller\*in des informationstechnischen Systems zur Kenntnis zu bringen, mit dem Ziel einer unverzüglichen Schließung. Nach einer angemessenen Frist zur Beseitigung durch den Hersteller ist die Öffentlichkeit zu informieren. Des Weiteren wird insbesondere eine Bevorratung oder das Zurückhalten von Sicherheitslücken zum Zweck der Infiltration von informationstechnischen Systemen verboten.

### *Antragsbereich B/ Antrag 37*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Entkriminalisierung des Schwarzfahrens**

(Überwiesen als Material an BTF)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für die folgende Gesetzesänderung einzusetzen:

In § 265a Absatz 1 des Strafgesetzbuchs wird die Tatbestandsalternative „Beförderung durch ein Verkehrsmittel“ gestrichen.

### *Antragsbereich B/ Antrag 38*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

## **Lobbyismus transparent machen – Lobbyregister einführen!**

(Angenommen)

Pluralismus, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sind feste und wesentliche Bestandteile unserer Demokratie. Dies gilt auch für die Möglichkeit, gesellschaftliche Interessen an Parlamente und öffentliche Entscheidungsträger heran zu tragen. Ebenso elementar sind ein gleichberechtigter und von finanziellen Ressourcen unabhängiger Zugang zu politischer Interessenartikulation sowie die Transparenz demokratischer Entscheidungsprozesse.

Deshalb fordern wir:

1. die Weiterentwicklung des EU-Transparenzregisters hin zu einem verpflichtenden und allgemein gültigen Lobbyregister

2. die Einführung eines ebenso gestalteten Lobbyregisters für die Regierungen und Parlamente auf Landes- und Bundesebene

3. die Anpassung der Karenzzeiten für den Berufswechsel von Spitzenpolitiker und die Abschaffung der Ausnahmeregelungen

4. eine Obergrenze der Nebenverdienste von Politikern und Politikerinnen mit Ausnahme kommunalpolitischer Aufwandsentschädigungen

5. Einnahmen von Parteien aus Sponsoring und sonstigen Dienstleistungen müssen reguliert und umfassend offengelegt werden

6. die Einführung einer „legislativen Fußspur“ in Regierungsentwürfen, die dokumentiert, welcher externe Sachverstand bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs an welchen Stellen eingeflossen ist. Die legislative Fußspur soll bei übernommenen Textblöcken den Autor erkennen lassen

7. wirksame Sanktionen für die Nichteinhaltung vorzusehen.

*Antragsbereich B/ Antrag 39*

*Bezirk Braunschweig*

## **Bürger\*innenversicherung endlich umsetzen!**

(Angenommen)

Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland wird von vielen Patient\*innen als ungerecht empfunden – angefangen bei der Unterscheidung zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen, über die Höhe der zu zahlenden Krankenkassenbeiträge, bis hin zu den Auswirkungen der Zwei-Klassen-Medizin in der Praxis. Beispielsweise erfolgt die Terminvergabe unterschiedlich und je nach Versicherungsstatus. Wer privat versichert ist, erhält früher einen Termin beim Facharzt, als ein\*e gesetzlich versicherte\*r Patient\*in. Um diese und weitere aus unserer Sicht bestehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen, fordern wir:

1. Die Einführung einer echten Bürger\*innenversicherung, in die alle Bürger\*innen ihre Sozialversicherungsbeiträge (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) einzahlen, unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer\*innen, Angestellte im öffentlichen Dienst, Beamte oder Selbstständige sind. Die Umsetzung der Bürger\*innenversicherung soll bis spätestens 2030 realisiert werden. Für die konkrete Umsetzung soll eine Kommission auf Bundesebene der Partei angesiedelt werden.

20 2. Darüber hinaus lehnen wir Privatisierungen in der Gesundheitsversorgung ab. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Die Gesundheitsversorgung vorort soll nicht der Profitmaximierung zum Opfer fallen. Mittelfristig setzen wir uns für Rekommunalisierungen ein.

25 3. Des Weiteren fordern wir die Prüfung eines Konzeptes für die Erweiterung der Einzahler in die gesetzliche Rentenversicherung. Ziel soll es sein, dass alle in die Rentenversicherung einzahlen.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 40*

*Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle Menschen**

(Angenommen)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu gesundheitlicher Versorgung bekommen. Das muss auch für alle sicher gestellt werden, die bisher keinen Krankenversicherungsschutz haben, d.h. für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, für EU-Arbeitsmigrant\*innen und für Deutsche ohne Krankenversicherung. Alle erforderlichen allgemein ärztlichen und fachärztlichen Behandlungen müssen genutzt werden können.

10 Das entsprechende anonym nutzbare Angebot muss niederschwellig sein und sollte möglichst mit einer sozialen und rechtlichen Beratung verbunden sein. Über das Angebot muss umfassend informiert werden.

15 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für entsprechende Regelungen in Niedersachsen einzusetzen, wenn eine bundeseinheitliche Lösung nicht erreichbar ist. Dabei ist eine Organisationsform zu wählen, die es allen Betroffenen in unserem Bundesland ermöglicht, das Angebot wahrzunehmen. Ob dies am besten im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder in Zusammenarbeit mit einem freien Träger geschieht, muss geprüft werden.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 41*

*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)*

### **Vollständige Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen / Abschaffung der Zuzahlungsregelungen**

(Angenommen)

5 Der SPD-Bezirksparteitag fordert den SPD-Bundesparteitag auf, sich dafür einzusetzen, dass die vollständige Parität bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wiederhergestellt wird und sämtliche Zuzahlungsregelungen zu Lasten der Versicherten aufzuheben sind.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 42*

*Unterbezirk Gifhorn*

### **Ambulante Pflege stärken**

(Angenommen)

5 Die ambulante Pflege wird von den KostenträgerInnen zurzeit weniger stark bezuschusst, als die stationäre Pflege. Niedersachsen liegt sowohl beim Preisniveau, als auch beim Lohnniveau im Vergleich mit den anderen- Bundesländern sehr niedrig. Seitens der LeistungserbringerInnen bestehen deswegen momentan massive Finanzierungsprobleme.

10 Aufgrund der geringen Anzahl von Pflegekräften fällt es den Pflegediensten schwer geeignetes Personal zu finden. Die wenigen Pflegekräfte gehen bevorzugt in die stationäre Pflege, da dort höhere Entgelte gezahlt werden. Die ambulanten Pflegedienste können allerdings keine höheren Gehälter zahlen, da sie aufgrund der zu geringen Zuschüsse der Kostenträger bereits jetzt nicht mehr kostendeckend arbeiten können. So macht die Diakonie beispielsweise bei jeder Fahrt von einer PatientIn zum nächsten 1€ Verlust. Insgesamt beläuft sich der Verlust so auf 54.000€ pro Jahr, nur durch die Autofahrten zwischen den PatientInnen.

15 Außerdem werden Wegzeiten und vorbereitende Tätigkeiten von den KostenträgerInnen nicht als Arbeitszeit anerkannt.

20 Somit entspricht nur die Arbeit an den PatientInnen der abgerechneten Arbeitszeit. Unter dieser Entwicklung leiden die Pflegekräfte und folglich auch die Qualität der ambulanten Pflege.

25 Zurzeit müssen die Pflegedienste im Landkreis Gifhorn Aufträge ablehnen. Sie verfügen über zu wenig Personal und finanzielle Ressourcen. Folglich müssen bereits Menschen mit geringen Pflegege- den in Heimen untergebracht werden. Aber auch hier stehen nicht ausreichend Plätze zur Verfügung, so dass PatientInnen im Zweifelsfall nicht versorgt werden können. Die Refinanzierung in den Heimen muss dabei zu Lasten der BewohnerInnen über deren Zuschüsse erfolgen. Da viele BewohnerInnen, beziehungsweise deren Angehörige, nicht im Stande sind, diese erhöhten Beiträge zu leisten, erfolgen Sozialhilfe-Anträge an den Landkreis.

35 Für uns gilt der Grundsatz ambulant vor stationär! Wir möchten eine möglichst lange Verweildauer in der gewohnten Umgebung gewährleisten. Wenn wieder mehr Personen durch die ambulanten Pflegedienste betreut werden könnten, bedeutet dies aber auch eine finanzielle Entlastung für den Landkreis. Diese ist wichtig, da die Kosten für den Landkreis zukünftig, insbesondere durch die Pflegereform und den Demographischen Wandel, immens ansteigen.

40 Wir fordern die Kostenträger deshalb auf, die Zuschüsse mit den Leistungserbringern neu zu verhandeln und auf ein Niveau anzuheben, welches den Pflegediensten ermöglicht ihre Kosten zu decken und die PatientInnen angemessen zu versorgen und zu betreuen.

Weiterleitung an Landes- und Bundesparteitag

*Antragsbereich B/ Antrag 43*

*Unterbezirk Gifhorn*

### **FSJ attraktiver machen**

(Angenommen)

Wir fordern FSJ Stellen, insbesondere im Pflegebereich, attraktiver zu gestalten.

Dafür sollen insbesondere folgende Punkte umgesetzt werden:

- 5
- die Zahlung einer höheren Vergütung für FSJ-Leistende im Pflegebereich
  - die Prüfung der Einführung eines „FSJ-Tickets“ in Anlehnung an das Semesterticket
  - die Prüfung inwiefern spezielle BAFÖGT-Leistungen und Stipendien für FSJ-AbsolventInnen angeboten werden können
  - die generelle Möglichkeit der Anerkennung eines FSJ als Pflichtpraktikum im Rahmen einer Ausbildung oder eines Studiums
- 10
- Außerdem ist zu prüfen, inwiefern ein FSJ für den praktischen Teil einer Ausbildung anerkannt werden kann.

Weiterleitung an Landes- und Bundesparteitag

15

### *Antragsbereich B/ Antrag 44*

*Unterbezirk Peine*

#### **Organspende – Widerspruchslösung einführen!**

(Angenommen)

5 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahres zum/zur OrganspenderIn wird, sofern er/sie dem nicht vollständig oder in Teilen widerspricht. Alle Personen sollen postalisch auf diesen Automatismus hingewiesen werden. Dem Schreiben soll ein frankierter Rückumschlag beiliegen sowie ein Formular in einfacher Sprache, das den vollständigen oder teilweisen Widerspruch vereinfachen soll. Minderjährige sollen diese Benachrichtigung zu ihrem 18. Geburtstag erhalten.

10 Das Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) wird entsprechend in §3 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders) geändert. §4 TPG entfällt dementsprechend und §7 Absatz 1 und Absatz 2 TPG werden entsprechend angepasst. Bei Widerspruch soll dies als Vermerk bei der Krankenkasse gespeichert werden.

15 Die bisherige Regelung für Personen zwischen 14 und 18 Jahren bleibt davon unberührt.

### *Antragsbereich B/ Antrag 45*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

#### **Planungsziel Bezahlbarer Wohnraum**

(Angenommen)

Die „Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum“ muss als Planungsziel ins Baugesetzbuch aufgenommen werden.

### *Antragsbereich B/ Antrag 46*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Bezahlbaren Wohnraum für niedrige und mittlere Einkommen schaffen**

(Angenommen)

Die SPD setzt sich dafür ein, Rahmenbedingungen zu schaffen und/oder diese zu verbessern, damit mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Dabei muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Gentrifizierung kommt.

Antragsbereich B/ **Antrag 47**

JUSOS

## **Woher nehmen, wenn nicht stehlen? - Für eine aktive Wohnraumpolitik!**

(Angenommen)

### **Attraktive Städte - steigende Mieten**

In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus der Kernstadt in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit ist allerdings auch ein gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Großstädte haben aufgrund der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus umliegenden Bezirken oder Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit vermeiden lassen und das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden Mieten. Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im Gegenteil sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel spiegelt sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits bekannten Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt, um den Bedarf zu decken. Besonders eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen in Zentrumsnähe besonders hoch ist. Beispielhaft für dieses bundesweite Phänomen ist die Wohnraumlage in der Stadt Braunschweig. Zwar sind die Bestandsmieten, also die Mietpreise bestehender Mietverträge, im Durchschnitt relativ niedrig. Auf der anderen Seite steigen die Angebotsmieten hingegen stark an. Zusätzlich dazu werden in erster Linie Wohnviertel geschaffen, die besonders für BesserverdienerInnen geeignet sind und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in bester Lage locken (Luxusghettoisierung).

### **Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen**

Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisniveau befördern die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies weniger häufig bei einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert und die vorhandene Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft feststellen, dass die Angebotsmieten erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im heimischen Viertel keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen wird, die gewohnte Umgebung und damit auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein schleichender Prozess ein, während dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer Zusammensetzung, in dem auch Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung finden konnten, zu einem Quartier mit nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird. Für eine

45 Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick  
ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem  
Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die  
Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn  
steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden Ballungsräumen und Großstädten dazu  
führen, dass finanzschwache Menschen von den Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer  
50 und kultureller Sicht solcher Regionen ausgeschlossen werden. Auch wer dadurch nicht die  
Möglichkeit hat, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Hochschule zu leben und zum  
Pendeln gezwungen ist, wird wertvoller Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten  
beraubt.

### **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

55 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde signalisiert, dass man der zunehmend  
angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und Ballungsräume nicht  
tatenlos gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine vorbeugende Wirkung  
haben soll, darf sie nicht bloß dort angewendet werden, wo überproportionale  
60 Mietpreissteigerungen bereits stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende Verdrängung  
finanzschwacher MieterInnen und die resultierende soziale Entmischung lassen sich durch  
eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine Mietpreisbremse, die ihren  
Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

65 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so  
sind sie doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der  
Gestaltung des Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische  
Leitbilder entwickeln, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen  
orientieren, die auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem  
70 muss auch die veränderte Zusammensetzung und Lebensweise der Bevölkerung  
Berücksichtigung finden. Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung von Quartieren  
weitgehend jenen Akteuren überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen müssen,  
kann nicht im Interesse sozial durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter Städte  
sein. Die planungspolitischen Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet müssen zur  
75 Umsetzung einer sozialen Stadtplanung offensiv angewendet werden.

Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen  
Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die  
Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn  
des letzten Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir  
80 brauchen eine verstärkte Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den  
Bestand zu sichern.

### **Eigentum verpflichtet – Leerstand bekämpfen!**

85 Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf gemeinwohlverträgliche Nutzung von Eigentum.  
Wenn ein besonders gemeinschaftsschädlicher Gebrauch von Eigentumsrechten gegeben  
ist, muss demnach die Rechtsgemeinschaft hiergegen vorgehen können. Eine solche krass  
unsoziale Nutzung ist aus unserer Perspektive im Verwahrlosenlassen von Miet- und  
Wohnraum in Ballungszentren mit großen Problemen im Miet- und Wohnungsmarkt  
90 gegeben. Während (junge) Menschen mit geringem Einkommen, Familien und ältere  
EinwohnerInnen keinen bezahlbaren Wohnraum finden oder aus ihren Vierteln vertrieben  
werden, weil diese eine rasante „Aufwertung“ erfahren, stehen auf der anderen Seite viele  
Gebäude leer. In der Braunschweiger Innenstadt zum Beispiel etwa 10 Prozent.  
Existierende Steuerungsmöglichkeiten gegen Leerstand wie etwa Bußgelder sind ein erster  
95 Schritt, den wir positiv bewerten. Hierbei kann es aber im Sinne einer  
sozialdemokratischen Wohnungspolitik nicht bleiben. Als letzte Möglichkeit gegenüber  
EigentümerInnen die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Artikel 14 Absatz 2

Grundgesetz durchzusetzen, müssen in diesen Fällen daher auch Zwangsverwaltungen oder Enteignungen durch (Bundes-)Gesetzgebung als Instrument den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

## Antragsbereich B/ Antrag 48

Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)

### **Wohnungsgemeinnützigkeit wiedereinführen**

(Angenommen)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung sowie die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich für folgende als Bundes- oder Landesgesetz zu erlassenden Regelungen einzusetzen:

10 In Deutschland wird wieder der Status der Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen eingeführt. Dabei kann es sich um eine juristische Person des Privatrechts (insbesondere eingetragene Genossenschaften, GmbH oder AG) oder einer Stiftung oder eines Eigenbetriebs einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft handeln.

Mit diesem Status sollen insbesondere folgende Bindungen verbunden sein:

- besondere Mietpreisbegrenzungen
- 15 • Belegungsbindungen
- Veräußerbarkeit der Immobilien grundsätzlich nur an andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen
- 20 • regulierte niedrige Gewinnausschüttungen (z.B. an kommunale Eigner)

25 Im Gegenzug sind gemeinnützige Wohnungsunternehmen von Ertragssteuern (Körperschafts- und Gewerbesteuer), sowie von der Grunderwerbsteuer zu befreien. Kommunen ist außerdem zu gestatten, für gemeinnützige Wohnungsunternehmen einen ermäßigten Grundsteuerhebesatz anzuwenden.

30 Um gemeinnützige Wohnungsunternehmen mit ihren betriebswirtschaftlichen Einschränkungen nicht der Konkurrenz privater Investoren auszusetzen und damit einer Gentrifizierung entgegen zu wirken, sollen gemeinnützige Wohnungsunternehmen beim Immobilienerwerb einen Vorrang erhalten können. Hierfür sind verschiedene Regelungen zu prüfen; insbesondere ist Folgendes in Betracht zu ziehen: Parallel zur Aufstellung von Bebauungsplänen sollen Grundstücke oder Wohnungen per kommunaler Satzung bestimmt werden können, die nur von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erworben und bebaut werden dürfen.

35 Die Aufsicht über gemeinnützige Wohnungsunternehmen und die für sie geltenden Maßgaben zur Mietzinshöhe können, müssen aber nicht dem im Jahr 1989 außerkraftgetretenen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz entsprechen. Insbesondere für folgende Unternehmen sollten Erleichterungen gelten:

- 40 • regional begrenzte Wohnungsbaugenossenschaften mit einer zu bestimmenden Mindestmitgliederzahl
- Wohnungsunternehmen in öffentlicher Hand

- 45
- Tochtergesellschaften von Arbeitsgebern, Handwerksinnungen oder tariffähigen Arbeitgeberverbänden, wenn die Vergabe und Vermietung der (Werks-) Wohnungen an Arbeitnehmer durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinigung geregelt ist sowie die Veräußerung der Wohnungen nur mit Zustimmung der Gewerkschaft bzw. des Betriebsrats an ein anderes gemeinnütziges Wohnungsunternehmen erfolgen kann.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 49*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

### **Regionale Mietrechtsnormen in kommunale Verantwortung übertragen**

(Überwiesen als Material an BTF und LTF)

5 Die SPD-Bundestagsfraktion und die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung werden aufgefordert, sich für folgende Regelungen einzusetzen:

1. Regional begrenzte Rechtsverordnungen des Mietrechts und des Städtebaurechts zum Mieterschutz wie insbesondere die Einführung und die Bestimmung der Gebietsgrenzen für

- 10
- eine Mietpreisbremse gemäß § 556d BGB,
  - eine Reduzierung der Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen auf 15 % gemäß § 558 Abs.3 BGB,
  - eine zehnjährige Kündigungsfrist nach Umwandlung von einheitlichem Grundeigentum zu Wohnungseigentum gemäß § 577a BGB und
  - ein Umwandlungsverbot hinsichtlich der Bildung von Wohnungseigentum gemäß § 172 Abs.1 Satz4 BauGB

20 werden in Flächenstaaten nicht mehr von Landesregierungen, sondern vom Bundesminister der Justiz im Einvernehmen mit der jeweiligen vom Volk gewählten Gemeindevertretung erlassen.

25 2. Der Bundesminister der Justiz kann die jeweilige gewählte Gemeindevertretung ermächtigen, die Rechtsverordnung statt seiner zu erlassen. Die Rechtsaufsicht liegt dann bei den Kommunalaufsichtsbehörden.

30 3. Sofern die Verordnungskompetenz beim Bundesminister der Justiz verbleibt, haben die Gemeinden einen Rechtsanspruch auf Erlass einer von der gewählten Gemeindevertretung gewünschten und den rechtlichen Bestimmungen im Übrigen entsprechenden Rechtsverordnung.

#### *Antragsbereich B/ Antrag 50*

*Unterbezirk Helmstedt*

### **Mikroplastik vermeiden**

(Angenommen)

5 Der Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten einzusetzen. Des Weiteren fordern wir zur Bekämpfung des Plastikmülls die Einführung

einer Plastiksteuer, die die Herstellung von ersetzbaren Plastikartikeln belastet. Bei der Zulassung von Kunststoffen muss von den Entwicklern der Entsorgungs-/Wiederverwertungsweg beschrieben und nachgewiesen werden. Dies muss auf europäischer Ebene mit allen Mitgliedsstaaten abgestimmt und umgesetzt werden.

10

Außerdem fordern wir die SPD auf allen Ebenen auf, bei ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus Plastikflaschen sowie auf Plastik-Einweggeschirr soweit möglich zu verzichten.

### *Antragsbereich B/ Antrag 51*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Lebensmittelverschwendung verringern**

(Angenommen)

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine gesetzliche Initiative gegen Lebensmittelverschwendung zu initiieren.

### *Antragsbereich B/ Antrag 52*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Stromversorgung mit Erneuerbaren Energien rascher ausbauen**

(Angenommen)

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich ambitionierter und forcierter dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu widmen.

5

Dazu könnten u.a. folgende Maßnahmen beitragen:

- ein beschleunigter Ausbau der Stromtrassen
- Erforschung neuer und Ausbau bekannter Speichermöglichkeiten für Wind- und Solarstrom
- Erforschung und Entwicklung neuer Energieträger zur Minimierung von Versorgungsrisiken
- Förderung der dezentralen Nutzung von Ökostrom (z.B. durch Einbindung der Bevölkerung in Form von Energiegenossenschaften)
- verstärkte internationale Kooperation bei der Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. mit Ländern wie Norwegen oder Österreich mit viel Wasserkraft)
- vermehrte Energieproduktion in der Landwirtschaft, z.B. durch die Nutzung von Abfallstoffen wie Gülle oder Stroh oder durch Agrophotovoltaik (ein neuer Ansatz der die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln und für die Produktion von Solarstrom erlaubt) etc.

20

### *Antragsbereich B/ Antrag 53*

*JUSOS*

#### **„Fridays for future“ – Solidarität mit den streikenden Schülerinnen und Schülern**

(Angenommen)

Was bringt Schule, wenn es keine Zukunft gibt? Einer der Leitsprüche der Jugendlichen, die freitags auf öffentlichen Plätzen demonstrieren. In über 100 Ländern weltweit. Es waren  
5 über 300.000 Jugendliche die deutschlandweit am 15.03.2019 auf der Straße demonstrierten, für eine bessere Umweltpolitik, für einen schnelleren Kohleausstieg, für die Einhaltung der Ziele verschiedener Klimaverträge. Schlicht und ergreifend für eine lebenswerte Zukunft. Doch anstatt gelobt und unterstützt zu werden kommen aus der Presse von Seiten der Politik Kommentare wie diese:

10 „[...] Das ist eine Sache für Profis“ (Christian Lindner) oder „Es bleibt die Tatsache, das sie die Schule schwänzen“ (Annegret Kramp Karrenbauer).

Jahrelang wird Jugendlichen Politikverdrossenheit oder Faulheit gegenüber politischen Themen vorgeworfen, nun sind sie politisch aktiv und gehen in großer Anzahl auf die  
15 Straße. Es ist zum Teil unverhältnismäßig und unverschämt wie PolitikerInnen über die Jugendlichen sprechen! Die SchülerInnen, die jeden Freitag demonstrieren fordern nichts als das, was bereits beschlossen wurde. Die Einhaltung der Ziele aus dem Pariser Klimavertrag sind auch für die Bundesrepublik in weiter Ferne. Die SchülerInnen halten den PolitikerInnen den Spiegel entgegen und kämpfen für ihre politischen Überzeugungen.  
20 Die Kritik, die an den SchülerInnen dafür geübt wird, zeugt davon wie insbesondere die Konservativen die Überzeugungen der SchülerInnen nicht ernst nehmen. Das die Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden, soll zum Ausdruck bringen, welche Relevanz dieses Thema hat, denn ohne den Schulausfall würde nicht darüber geredet werden! Denn viele PolitikerInnen nehmen die Jugendlichen noch immer nicht ernst!

25 Wir müssen die Jugendliche unterstützen und nicht demoralisieren, wir müssen Menschen motivieren auf die Straße zu gehen und nicht abschrecken, wir müssen uns solidarisieren und nicht entgegenstellen!

30 Deshalb fordern wir:  
Die Solidarisierung mit den demonstrierenden SchülerInnen und die Unterstützung der Bewegung „Fridays for Future“.  
Wir lehnen Sanktionen für streikende Schüler/innen ab und wollen die Demonstrationsfreiheit der Schüler/innen schützen.

35

#### *Antragsbereich B/ Antrag 54*

*JUSOS*

### **Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der "Tampon-Steuer!"**

(Angenommen)

Wir fordern die EU auf, die Mitgliedsstaaten dazu zu verpflichten, die Mehrwertsteuer sowie sonstige Steuern auf Hygieneartikel wie Tampons und Binden deutlich zu senken,  
5 mit dem Ziel, menstruierenden Personen den diskriminierungsfreien Erwerb notwendiger Hygieneartikel ermöglichen zu können.

Wir fordern darüber hinaus die SPD-Fraktion im Bundestag auf, die Mehrwertsteuer auf notwendige Hygieneartikel auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von aktuell 7% zu

10 senken. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Preisnachlässe wirklich bei den  
Verbraucher\*innen ankommen und nicht durch Preiszuwächse nivelliert werden. Des  
Weiteren fordern wir die Schaffung eines Verbandsklagerechts für  
Verbraucher\*innenschutzorganisationen zur Eindämmung ungerechtfertigter  
15 Preisaufschläge für inhaltlich im Wesentlichen identischen, aber unterschiedlich  
„gegenderten“ Produkten des/der gleichen Hersteller\*In, sowie ein Verbot von nicht  
begründbaren Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen\*, für die es ein ähnliches  
Männer\*produkt gibt.

## Antragsbereich B/ Antrag 55

### Unterbezirk Salzgitter

#### **Feministische und Queere Themen in das Kerncurriculum aufnehmen**

(Angenommen)

5 Als Sozialdemokratische und feministische Partei strebt die SPD die Gleichstellung aller  
Geschlechter an. Um einen weiteren Schritt in diese angestrebte Zukunft zu tätigen müssen  
wir eine flächendeckende und frühzeitige Bildung und Aufklärung in diesem Bereich  
einrichten um Jugendliche rechtzeitig für Feminismus zu sensibilisieren. Wir wollen eine  
Gesellschaft in der alle sich mit der Thematik und mit den alltäglichen Problemen des  
Patriarchats beschäftigen und auseinandersetzen, dadurch wollen wir das Patriarchat  
10 abschaffen! Um das Patriarchat abzuschaffen müssen wir eine frühzeitig Bildung leisten,  
deshalb fordern wir:

15 Die Thematisierung von Sexismus und des Patriarchats im Ethik, Geschichts- und  
Politikunterricht. Die Darstellung und Erarbeitung der Frauen Revolution und der Frauen  
Kämpfe. Aufarbeitung der heutigen Problematiken und Erarbeitung von Lösungen und  
zukunftsverändernden Ideen. Wir fordern eine aktive Anteilnahme an den Thematiken und  
die damit verbundene Erarbeitung des Problems. Auch fordern wir die Thematisierung von  
Queeren und diversen Geschlechtsformen im Biologie Unterricht.

20 Denn durch Konfrontation mit Situationen, Erfahrungsberichten und Sachverhalten entsteht  
Verständnis und im besten Fall Akzeptanz und Umsetzung des feministischen Gedankens,  
dadurch erreichen wir Schritt für Schritt eine breitere Masse, die mit dem feministischen  
und queeren Gedanken vertraut ist und diese Umsetzt. Wir sehen es als Notwendig  
Thematiken, wie diese langfristig und in dem Rahmen der Größe des Sachverhalts  
angemessenen Präsenz darzulegen und in der Schule zu vermitteln. Denn ohne eine  
25 Vermittlung dieses Gedankenguts im Jugendalter wird es schwierig eine 180° Wendung im  
Erwachsenen Alter zu erreichen. Deshalb lasst uns frühzeitig über den feministischen und  
queeren Gedanken aufklären um später die Erfolge zu ernten und eine Abschaffung des  
Patriarchats und der Diskriminierung zu erlangen!

# Landespolitik

## Antragsbereich L/ **Antrag 1**

Bezirk Braunschweig

### **Einführung des Parité-Gesetzes - Antrag zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes und des Bundeswahlgesetzes**

(Angenommen)

5 Das Niedersächsische Landeswahlgesetz und das Bundeswahlgesetz sollen zugunsten einer ausgeglichenen Anzahl weiblicher und männlicher Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag reformiert werden. Somit soll die fehlende Chancengleichheit von Kandidat\*innen beseitigt und eine gleichberechtigte demokratische Teilhabe der Bürgerinnen in Land und Bund wirksam durchgesetzt werden.

10 Zur Herbeiführung der paritätischen Parlamentsbesetzung gibt es verschiedene Ansätze, welche die Wahlvorschlagsverfahren im Vorfeld der Land- und Bundestagswahlen für alle Parteien und politischen Vereinigungen betreffen.

15 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten, wie paritätisch besetzte Listen und die Bildung von Wahlkreistandems, auf ihre Übertragbarkeit auf das Land Niedersachsen, den Bund und die Kommunen geprüft werden. Im Anschluss daran soll die am geeignetsten erachtete Variante im Niedersächsischen und im bundesweiten Wahlsystem verankert und praktisch umgesetzt werden.

20 In die vom SPD-Landesverband eingesetzte Arbeitsgruppe zur Untersuchung verschiedener Wahlvorschlagsverfahren sollen auch Mitglieder des SPD-Bezirks Braunschweig entsandt werden. Bei der Besetzung der Kommission ist darauf zu achten, dass verfassungsrechtlicher Sachverstand vertreten ist. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen zeitnah in einem breit angelegten Dialogprozess innerhalb des SPD-Bezirks vorgestellt und diskutiert werden.

25 Zudem soll auch eine paritätische Besetzung in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig umgesetzt werden.

## Antragsbereich L/ **Antrag 3**

Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)

### **Gute Verwaltung braucht Transparenz – Informationsfreiheit in Niedersachsen einführen!**

(Überwiesen als Material an die LTF)

5 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, einen Entwurf für ein Niedersächsisches Informationszugangsgesetz in den Niedersächsischen Landtag einzubringen, das mindestens folgende Kriterien erfüllt:

1. voraussetzungsloser Anspruch jeder Person auf Zugang zu amtlichen Informationen;
- 10 2. informationspflichtige Stellen sollen neben allen Behörden auch sonstige Stellen sein, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie Vereinigungen des Privatrechts, sofern diese zu mehr als 50% im Eigentum der öffentlichen Hand sind;

3. ein Antrag kann wegen öffentlicher oder privater Belange abgelehnt werden, soweit nicht das öffentliche Informationsinteresse überwiegt;
- 15 4. gegen ablehnende Entscheidungen steht der Verwaltungsrechtsweg offen;
5. Verbot prohibitiver Gebühren durch einen maximalen Gebührenrahmen von 500 Euro; mündliche und einfache Auskünfte sollen stets gebührenfrei sein;
- 20 6. Unterrichtung der Öffentlichkeit über Verwaltungsvorschriften, Dienstanweisungen, Organisations- und Geschäftsverteilungspläne etc.
7. Schaffung einer/s Landesbeauftragte/r für die Informationsfreiheit;
- 25 8. Evaluationspflicht der Landesregierung.
- Im Gegenzug wird §96 Absatz4 der Landeshaushaltsordnung aufgehoben.

#### *Antragsbereich L/ Antrag 4*

#### *Unterbezirk Braunschweig*

### **Verbesserte Personal- und Sachausstattung sowie gerechtere Bezahlung des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen**

(Angenommen)

Der UB Braunschweig wird beauftragt, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass der öffentliche Dienst sowie die gute Arbeit, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die Menschen in Niedersachsen leisten, um das Gemeinwohl, die Daseinsvorsorge, die Innere Sicherheit, die Bildung, die Pflege (und weiteres), also insgesamt unser Gemeinwesen zu gewährleisten, auch dementsprechend anerkannt werden.

Dazu gehört (nicht abschließend):

- 10 1. gestrichen
2. Gute Sachausstattung, ausreichend Personal, gesunde Arbeitsplätze und Liegenschaften müssen gewährleistet werden.
- 15 3. Keine weiteren Privatisierungsbestrebungen von Aufgaben, die in den Bereichen Sicherheit und Daseinsvorsorge liegen.
- 20 4. Gerechte Bezahlung und "Schritthalten" an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Dazu gehört unter anderem a.) ein angemessener Tarifabschluss und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtenbereich, b.) die Wiedereinführung einer Sonderzahlung/Weihnachtsgeld für den Beamtenbereich (s. Beschluss des SPD-Landesparteitages v. 14.04.2018), c.) ein sofortiges Konzept der SPD Niedersachsen für eine verfassungsgemäße Besoldung in Niedersachsen (s. Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes aus 2018), d.) Perspektiven für die Entwicklung von
- 25 Tarifbeschäftigten
5. Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Intensivierung des Gesundheitsmanagements, Befassung mit zeitgemäßen Arbeitszeiten, die Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren.
- 30 6. Stärkung von Betriebs- und Personalräten

35 7. Aktiver Einsatz der SPD Niedersachsen für die Wiedereinführung gemeinsamer Tarifverhandlungen für Bund/Kommunen und Länder sowie für eine Modifizierung der Föderalismusreform, die die Abschaffung der negativen Auswirkungen der Konkurrenzen der Länder und des Bundes zum Ziel hat.

8. Engere Zusammenarbeit mit dem DGB und den DGB-Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst, mit klaren Vereinbarungen, die auch eingehalten werden.

#### *Antragsbereich L/ Antrag 5*

*Unterbezirk Gifhorn*

### **Gerechte Bezahlung für alle Lehrkräfte**

(Angenommen)

5 Der Parteitag fordert die SPD Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass alle verbeamteten Lehrkräfte eine gerechte Bezahlung erhalten sollen. Dies bedeutet mindestens eine Besoldung nach A 13 für alle Lehrkräfte und somit die Abschaffung der A 12 Besoldung im Lehrberuf. Gleichzeitig fordert der Parteitag die SPD Landtagsfraktion auf, im gleichen Zug eine gleichwertige Bezahlung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer sicher zu stellen. Dabei ist sicherzustellen, dass zunächst Grundschullehrkräfte von den Maßnahmen profitieren, da diese deutlich schlechter bezahlt werden als Lehrkräfte anderer Schulformen. Ziel ist es, Lehrkräfte unabhängig von der Schulform gleich zu bezahlen.

10

#### *Antragsbereich L/ Antrag 6*

*Unterbezirk Helmstedt*

### **Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte des Landes**

(Angenommen)

5 Das Land Niedersachsen öffnet die gesetzliche Krankenversicherung für neuingestellte Beamtinnen und Beamte. Auf Wunsch können Beamte und Beamtinnen des Landes statt Beihilfe künftig den hälftigen Beitrag zu einer gesetzlichen Krankenversicherung erhalten. Dabei folgt Niedersachsen dem bereits umgesetzten Modell in Hamburg. Langfristig sehen wir die Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin allerdings lediglich mit einer Bürger\*innenversicherung gegeben.

10

#### *Antragsbereich L/ Antrag 7*

*Unterbezirk Goslar*

### **Das Land übernimmt die Fachaufsicht über die Krankenhäuser**

(Angenommen)

Der Parteitag möge beschließen: Das Land übernimmt die Fachaufsicht über die Krankenhäuser. Krankenhäuser sind seit Jahrzehnten zwar abhängig vom Krankenhausplan

5 des Landes , einer Fachaufsicht unterliegen sie jedoch nicht. Im Höchstfall können die Gesundheitsämter eine angekündigte oder unangekündigte Begehung vornehmen. Dies bezieht sich jedoch nur auf mögliche hygienische Mängel, ansonsten sind Krankenhäuser, anders als alle anderen Betriebe vollkommen autonom, ohne jede Art der fachlichen Kontrolle. Es werden Abteilungen geschlossen, geändert, in Belegabteilungen  
10 umgewandelt, ohne, dass jemand rechtzeitig eingreifen könnte. Da auch in diesem Sektor häufig ökonomische Gründe weit vor der Versorgung der Patienten im Interesse der Anbieter liegen können, ist es zwingend erforderlich eine Aufsicht über die Krankenhäuser mit definierten Qualitätsstandards und Vergleichsgrößen auf Landesebene einzuführen. Der Unterbezirksparteitag begrüßt die Initiative der Bundesregierung zur Einführung einer  
15 Personaluntergrenze, die MP Weil bereits 2016 gefordert hat. Jetzt muss folgerichtig die Krankenhaus -Aufsicht auf Landesebene eingesetzt werden. Ziel ist es, die im so genannten Bettenplan des Landes genehmigten Krankenhäuser auch fachlich überwachen zu können. Der Parteitag fordert daher sowohl den Bezirksparteitag wie auch die Landtagsfraktion auf, schnellstmögliche Lösungsansätze zu unterbreiten.

#### *Antragsbereich L/ Antrag 8*

##### *Unterbezirk Wolfenbüttel*

### **Reform der gesetzlichen Vorgaben und Verordnungen in den Grundschulen**

(Überwiesen als Material an LTF)

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, die gesetzlichen Vorgaben und Verordnungen in den Grundschulen so zu reformieren, dass zukünftig Schülerinnen und Schüler  
5 grundlegende Fertigkeiten und Fähigkeiten erlernen, um in den weiterführenden Schulformen zu bestehen.

#### *Antragsbereich L/ Antrag 9*

##### *Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: Inklusion in Niedersachsens Schulen verstärken**

(Angenommen)

Das Bildungsforum beantragt, dass die SPD-Landtagsfraktion folgende Punkte umsetzt:

5 1. Für die Beschäftigten an den Schulen zeitliche Ressourcen schaffen für: Teambesprechungen, Kooperationen inner- und außerschulisch, Beratungsgespräche, Elternarbeit und Elternbildung

10 2. Ausreichende Ausstattung der inklusiven Schulen mit multiprofessionellen Teams, das heißt: Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen, Förderschullehrkräfte, Schulsozialpädagog\*innen/arbeiter\*innen, Physiotherapeut\*innen, Päd. Mitarbeiter\*innen, Unterrichtsassistent\*innen/Schulbegleiter\*innen

15 3. Stellen für Regelschul- und Förderschullehrer\*innen zur Unterstützung der Arbeit aller Lehrkräfte in den inklusiven Schulen

4. Eine systembezogene Zuweisung von pädagogischen Mitarbeiter\*innen an den Schulen des Primarbereichs und des Sekundarbereichs I zusätzlich zur individuellen Zuweisung

5. Erhöhung der Studienplätze für Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte sowie

- 20 Förderschullehrkräfte sowie Ausweitung der Studienorte
6. Die Zuweisung von Förderschullehrkräften soll in allen Schulformen systembezogen und verlässlich im Sinne einer Grundversorgung erfolgen. Bei erhöhtem Bedarf einer inklusiven Schulen muss die Grundversorgung durch zusätzlich Zuweisungen ergänzt werden.
- 25 7. Weiterentwicklung des Konzeptes der "Mobilen Dienste", um flächendeckend ein bedarfsgerechtes Angebot mit Beratungsdienst vorzuhalten
8. Weiterentwicklung und Ausbau der Sprachlernklassen und SPRINT-Klassen nach Bedarf sowie Gewährleistung der Nach-Förderung inklusive des Sekundarbereich II und
- 30 Unterstützung im Übergang in die Ausbildung
9. Qualifizierung und Weiterbildung aller Lehrkräfte unter dem Aspekt der Bedeutung und Umsetzung der Inklusion - eine Aufgabe aller Schulen
- 35 10. Unterstützungs- und Beratungssystem der Landesschulbehörde und des Kultusministeriums für die Schulen transparenter, konkreter und praxistauglicher gestalten
11. Fort- und Weiterbildung insbesondere auch für Seiteneinsteiger konzeptionell systematisieren und kontinuierlich ermöglichen
- 40 12. Darüber hinaus sind spezielle Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen des SEK I Bereichs anzubieten, insbesondere hinsichtlich Beratung bei der Einrichtung von inklusiven Klassen sowie der Inanspruchnahme der vielfältigen Fördermaßnahmen

#### *Antragsbereich L/ Antrag 10*

#### *JUSOS*

### **Mobilität für alle**

(Angenommen)

Kostenloser ÖPNV für alle Auszubildenden

5 Wir fordern:

- Eine allgemein kostenfreie Schüler\*innenbeförderung, finanziert durch das Land Niedersachsen.
  - Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen die gleichen Rechte und Konditionen, wie Studierende haben und unter denselben Voraussetzungen Zugriff auf Mobilität erhalten. Dies soll in zwei Schritten erfolgen: Zuerst fordern wir die sofortige Umsetzung einer Nahverkehrslösung für alle Auszubildende, die im Bezirk Braunschweig eine Berufsschule besuchen, durch den Regionalverband. Im zweiten Schritt soll durch das Land Niedersachsen auf die Gleichstellung der Privilegien von Studierenden, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistende erfolgen. Dies soll ausdrücklich auch
- 10 vollständig aus dem Landeshaushalt finanziert werden.
- 15

#### *Antragsbereich L/ Antrag 11*

#### *Unterbezirk Salzgitter*

### **Stopp des atomaren Endlagerausbaus Schacht Konrad in Salzgitter**

(Angenommen)

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Konradvorbereitungen zum Endlagerausbau gestoppt werden und

- 5
1. Schacht Konrad in das Endlagersuchverfahren einbezogen wird.
  2. Schacht Konrad mit seiner nicht rückholbaren Konzeption einer ganzheitlichen Neubewertung einschl. der Sicherheitsanforderungen nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik unterzogen wird.
- 10
3. keine Versuche unternommen werden, das Konrad-Projekt ohne Einbeziehung in das Endlagersuchverfahren und Neubewertung auszuweiten.

### *Antragsbereich L/ Antrag 12*

#### *Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: Insekten-Monitoring-Plan in Niedersachsen aufstellen und umsetzen**

(Angenommen)

- 5
- Die Landesregierung sollte das NLWKN (Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz beauftragen, in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden einen landesweiten Insekten-Monitoring-Plan aufzustellen, umzusetzen, produzieren und kommunizieren. Dabei sollten auch regelmäßig standardisierte Kartierungen in den FFH- und Naturschutzgebieten für wertgebende Insektenarten vorgenommen werden.

# Regions- und Kommunalpolitik

## Antragsbereich K/ **Antrag 1**

Bezirk Braunschweig

### **Die Region Braunschweig als Modellregion für E-Mobilität, alternative Antriebe und autonomes Fahren**

(Angenommen)

5 Der ordentliche Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig möge beschließen, dass die Region Braunschweig zu einer Modellregion für E-Mobilität, alternative Antriebe und autonomes Fahren wird. Die Region soll in diesem Zusammenhang Vorreiter für das Erforschen und Entwickeln regenerativer Energien und neuer Umwelttechnologien werden.

Dafür sollen folgende Rahmenbedingungen erfüllt werden:

10 Den Ausbau von Ladestationen für E-Autos sowie Wasserstoff- und Gas-Tankstellen

Die Förderung und das Schaffen von Anreizen für die Beschaffung und Nutzung von E-Bussen, E-Taxis und E-Carsharing-Autos sowie Fahrzeugen mit Brennstoffzellen-Antrieb und Gas-Antrieb sowohl für Privatpersonen als auch für den Flotteneinsatz der Öffentlichen Hand oder Unternehmen.

15 Eine verstärkte Kreislaufwirtschaft, die regenerative Energie- und Materialkreisläufe etabliert (Recyclingwirtschaft)

20 Den Erhalt von industrieller Produktion und den gleichzeitigen Ausbau von regenerativen Wertschöpfungsketten

Förderung des Auf- und Ausbaus der verkehrstechnischen Infrastruktur und der IT/kommunikationstechnischen Infrastruktur

## Antragsbereich K/ **Antrag 2**

JUSOS

### **Fahrscheinlosen kommunalen ÖPNV in der Region einführen**

(Angenommen)

5 Um die Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen zu ermöglichen, ist der uneingeschränkte Zugang zur Mobilität in ländlichen Regionen genauso wie in städtischen Zentren von zentraler Bedeutung. Unbestritten ist, dass die Nutzung von individuell-privaten Verkehrsmitteln wie dem PKW im Durchschnitt deutlich schädlicher für die Gesellschaft und Umwelt ist als die Nutzung von öffentlich-gemeinschaftlichen Verkehrsmitteln wie Bus und Bahn. Dabei ist anzumerken, dass die gesellschaftlich-ökologischen Kosten umso höher ausfallen, je mehr Leute am motorisierten Individualverkehr teilnehmen. Damit ergibt sich, dass eine gemeinwohlorientierte Politik Anreize für die Nutzung des ÖPNV setzen muss.

#### **Die aktuelle Situation in der Region Braunschweig**

15 Aktuell ist der ÖPNV in der Region Braunschweig kostenpflichtig. Die Braunschweiger Verkehrs GmbH teilt die Fahrkarten in Einzelfahrkarten, Mehrfahrkarten, Wochenkarten,

Mo- natskarten, Abo Karten und Fahrradkarten ein. Außerdem gibt es für Fahrkarten für verschiedene Tarifzonen in Braunschweig verschiedene Preisklassen, die in Preisstufe 1, Preisstufe 2, Preisstufe 3 und Preisstufe 4 gegliedert sind. Hierbei ist Preisstufe 1 die geringste Preisklasse, da sie nur die jeweilige Stadt bzw. Gemeinde umfasst und Preisstufe 4 die höchste, da sie weitere Teile des Bezirks Braunschweig beinhaltet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, noch billigere Fahrkarten, die für den Stadttarif gelten, zu kaufen sowie diese im Vorverkauf zu erwerben.

## 25 **Der kostenlose ÖPNV am Beispiel von mehreren Städten**

Mit Blick auf diese Ausgangslage lässt sich die Frage stellen, inwieweit ein Nahverkehr zum Nulltarif eine Verbesserung darstellen würde. Dies lässt sich anhand mehrerer Beispiele aus dem In- und Ausland analysieren.

30 Als erste europäische Hauptstadt hat Tallinn seit dem 1.1.2013 eine unentgeltliche Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Erhofft wurden sich dadurch in erster Linie ein Rückgang des motori- sierten Individualverkehrs (MIV), eine größere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und eine höhere Teilhabe von ökonomisch schwächeren Menschen. Alle drei Ziele scheinen da- bei erfolgreich umgesetzt zu sein, da laut dem Chef des Tallinner EU-  
35 Büros schon nach weni- gen Monaten ein Rückgang des Autoverkehrs von rund 15% erkennbar sein soll, die Anzahl an Nutzern 2013 insgesamt um 3% im Gegensatz zum Vorjahr gestiegen ist und der Größte Zuwachs an Nutzern mit 11% in einem Distrikt Tallinns erkennbar ist, wo die Anzahl an Er- werbslosen und Menschen aus ärmeren Einkommensschichten relativ hoch ist. Aufgrund der Tatsache, dass das Angebot nur für  
40 Einwohner Tallinns gilt, ist eine weitere Folge auch, dass sich viele Menschen, die zuvor nur ihren Zweitwohnsitz in Tallinn hatten, diesen nun als Erstwohnsitz gemeldet haben. Deshalb entstand nach einem Jahr ein Bevölke- rungszuwachs von rund 10.000 Einwohnern, was eine Verdreifachung des Zuwachs zum Vor- jahr darstellt. Dies heißt vor allem, dass Tallinn nun mehr Steuereinnahmen erhält, die Steuerereinnahmen umliegender  
45 Gemeinden allerdings zurückgehen. All das sind jedoch nur kurz- fristige Veränderungen. Mit der Zeit wird mit größeren Auswirkungen gerechnet.

Ein weiteres Beispiel ist die belgische Stadt Hasselt, wo man schon längerfristige Verände- rungen erkennen kann, da das System dort schon 1997 eingeführt wurde. Das  
50 System wurde 2013 nach 16 Jahren mit einer kleinen Gebühr von 50 Cent pro Fahrt zwar wieder kostenpflichtig, dennoch zeigen sich viele positive Veränderungen. So ist die Fahr- gastzahl von 350.000 im Jahr 1996 auf 4,5 Millionen im Jahr 2008 angestiegen, was eine große Verkehrsverlagerung mit sich brachte. Dadurch mussten große Straßenausweitungen nicht mehr getätigt werden, was Einsparungen in Höhe von 72,7 Millionen Euro  
55 verursachte. Diese Einsparungen haben vor allem die Finanzierung der großen Ausweitungen im Angebot des öffentlichen Nahverkehrs möglich gemacht. Die Verkehrsverlagerung war sogar so groß, dass vierspurige Verkehrsadern auf zwei Spuren zurückgebaut werden konnten. Außerdem verdreifachten sich innerhalb von fünfzehn Jahren der Umsatz und die Arbeitsplätze in Hasselts Innenstadt. Doch es existieren auch ein  
60 paar deutsche Beispiele. Zum Beispiel das brandenburgische Templin mit 16.000 EinwohnerInnen, wo ein fahrscheinloser ÖPNV hauptsächlich eingeführt wurde, um den großen Kfz-Verkehr zu verringern und den ÖPNV allgemein attraktiver zu machen. Diese Sachen sind gerade für Templin, welches als Erholungsort bekannt ist, sehr wichtig. Dafür wurde vor allem das Angebot des dortigen ÖPNV sehr ausgebaut, und schon drei Jahre  
65 nach der Einführung 1997 haben sich die Fahrgastzahlen verdreizehnfacht. 25% der neuen Fahrgäste sind vom MIV auf den ÖPNV umgestiegen, weshalb auch der Kfz-Verkehr sehr zurückging. Doch leider konnte eine dauerhafte Finanzierung auch hier nicht gewährleistet werden. Darum musste der ÖPNV durch eine Nutzerfinanzierung mitfinanziert werden.

70 Anhand dieser und noch mehr Beispiele kann zusammenfassend gesagt werden, dass die

75 Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs fast immer mit einer großen Verkehrsverlagerung einhergeht, nämlich sowohl vom MIV als auch von ökologischen Fortbewegungsmethoden hin zum ÖPNV, was zur Folge hätte, dass die Straßen deutlich entlastet werden, wie man es z. B. sehr gut am Beispiel von Hasselt sehen kann. Dies hat nochmal mehrere positive Folgen, so würde vor allem ein Rückgang der Umweltbelastung durch den MIV erkennbar sein, aber auch die Unfallgefahr wäre weitaus geringer. Ein entgeltloser ÖPNV wäre außerdem wie in Tallinn ein gutes Mittel, um eine größere Teilhabe von ökonomisch schwächeren Menschen zu gewährleisten.

80 Die Einführung eines kostenfreien ÖPNV ist kein Selbstzweck. Wir wollen damit den Bezirk Braunschweig bundesweit als moderne, grüne Region des 21. Jahrhunderts in eine Vorreiterrolle bringen.

#### *Antragsbereich K/ Antrag 4*

##### *Unterbezirk Goslar*

### **Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zur finanziellen Intensivierung bei freiwilligen Zusammenschlüssen von Kommunen**

(Angenommen)

5 Wir fordern die Umsetzung der im Koalitionsvertrag von SPD und CDU getroffenen Vereinbarung. Die Verwaltungskraft und Handlungsfähigkeit kleinerer Kommunen, die sich zu größeren Einheiten zusammenschließen, sind finanziell zu unterstützen.

#### *Antragsbereich K/ Antrag 5*

### **Klare, verlässliche Finanzierung von Förderleistungen der Jobcenter und optierenden Kommunen**

(Angenommen)

5 Die SPD möge sich dafür aussprechen, dass die Jobcenter und optierenden Kommunen eine klare und verlässliche Finanzierung, der von Ihnen zu erbringenden Förderleistungen erhalten.

#### *Antragsbereich K/ Antrag 6*

### **Bessere personelle Aufstellung der Jobcenter und optierenden Kommunen**

(Angenommen)

Die SPD im Bezirk BS möge sich dafür aussprechen, dass die Jobcenter und optierenden Kommunen eine bessere und wirklich ausreichende personelle Grundausstattung erhalten.

#### *Antragsbereich K/ Antrag 7*

### **Nachhaltung bundesweit gleicher Umsetzung von Förderungen für Auszubildende in den Jobcentern und optierenden Kommunen**

(Angenommen)

Die SPD im Bezirk BS möge sich dafür aussprechen, dass eine gleiche Umsetzung und Gewährung von Förderungen für Auszubildende in den Jobcentern und optierenden Kommunen bundesweit nachgehalten wird.

5

# Organisationspolitik

## *Antragsbereich Ini/ Antrag 1*

*Bezirk Braunschweig*

### **Den Mitgliedern das Wort geben – Verfahren für zukünftige Wahlen zum Bezirksvorsitz**

(Angenommen)

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 5 Für künftige Wahlen zum Bezirksvorsitz sollen mögliche künftige Kandidatinnen und Kandidaten die Gelegenheit erhalten, sich im Vorfeld des ordentlichen Bezirksparteitages den Mitgliedern in den Unterbezirken vorzustellen und ihnen Rede und Antwort zu stehen. Der Bezirksvorstand wird beauftragt Einzelheiten des Verfahrens mit den Unterbezirken vorab festzulegen.
- 10 Für den Fall, dass mehrere Bewerberinnen und Bewerber kandidieren, kann dazu auch die Möglichkeit einer Mitgliederbefragung eröffnet werden.

## *Antragsbereich O/ Antrag 2*

*Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)*

### **Arbeit der Antragskommission weiterentwickeln**

*(Überwiesen als Material an Bezirksvorstand)*

*Der Bezirksparteitag möge beschließen:*

- 5 §10 der Satzung des SPD-Bezirks Braunschweig erhält folgende Fassung:

„§10 Antragskommission; Antragsfrist

- 10 (1) Die Antragskommission besteht aus je einer oder einem Delegierten der Unterbezirke und einem Mitglied des Bezirksvorstands. Sie ist durch den Bezirksvorstand einzuladen. Die Antragskommission wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden.

- 15 (2) Die Aufgabe der Antragskommission ist die Vorbereitung des Bezirksparteitags. Sie ordnet und prüft die Anträge auf rechtliche und tatsächliche Durchführbarkeit. Sie kann zu diesem Zweck redaktionelle Änderungen in den Anträgen vornehmen und folgende Empfehlungen abgeben:

1. Annahme
2. Annahme in geänderter Fassung
- 20 3. Ablehnung
4. Erledigung.

- 25 Empfehlungen nach Satz3 Nr.2 und3 sind schriftlich zu begründen und bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder; dem Antragsteller soll vorher Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

30 (3) Anträge von Ortsvereinen, Unterbezirken, dem Kleinen Parteitag, dem Bezirksvorstand und den Arbeitsgemeinschaften des Bezirks für den Bezirksparteitag müssen mindestens vier Wochen vor Tagungsbeginn beim Bezirksvorstand eingegangen sein, der sie unverzüglich nach Ablauf der Einreichungsfrist den Parteiorganisationen und den Delegierten bekannt zu geben hat.“

#### *Antragsbereich O/Antrag 4*

*Unterbezirk Gifhorn*

### **Votum der Antragskommission abschaffen**

(Überwiesen als Material an Bezirksvorstand)

Der Unterbezirk Gifhorn beschließt:

5 zu folgenden Unterbezirksparteitagen kein vorrangiges Votum der Antragskommission zuzulassen. Es soll stets über den eigentlichen Antrag und nicht über das Votum der Antragskommission abgestimmt werden.

10 - Die Antragskommission bleibt als Gremium bestehen und hat die Aufgabe in Debatten Orientierung zu geben, Anträge auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und Anträge zu ähnlichen Themen zusammenzufassen. Die Antragskommission kann zu Anträgen Änderungsvorschläge und Stellungnahmen abgeben, welche jedoch nicht vorrangig sind.

15 Der SPD Unterbezirksvorstand wird aufgefordert gleichwertige Änderungen an der Antragskommission auf Bezirksebene anzustoßen.

#### *Antragsbereich O/Antrag 5*

*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)*

### **Antragsrecht für bezirkliche SPD-Arbeitsgemeinschaften auf dem Landesparteitag**

(Angenommen)

5 Der SPD Bezirksparteitag Braunschweig fordert den SPD-Landesparteitag auf, die Satzung des SPD Landesverbandes Niedersachsen dahingehend zu ändern, dass zukünftig auch SPD-Arbeitsgemeinschaften, die sich auf Bezirksebene organisiert haben, ein Antragsrecht auf Landesparteitagen bekommen.

Dazu sollte in der aktuellen Satzung des SPD-Landesverbandes Niedersachsen der 5. Absatz unter Paragraph 4 (Landesparteitag) durch folgende Formulierung ersetzt werden:

10 (5) Antragsberechtigte zum Landesparteitag sind die Ortsvereine, die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand, die auf Landesebene und Bezirksebene organisierten Arbeitsgemeinschaften und Foren.

#### *Antragsbereich O/Antrag 6*

*Unterbezirk Peine*

### **Mitgliederbefragung bei Koalition auf Landesebene**

(Angenommen)

5 Der SPD-Bezirk Braunschweig fordert mehr direkte Beteiligung der Mitglieder am politischen Geschehen in Niedersachsen. Wir fordern den Landesverband auf, für kommende Koalitionsverhandlungen auf Landesebene sicherzustellen, dass bei Bedarf eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden kann.

10

*Antragsbereich O/Antrag 8*

*Unterbezirk Braunschweig*

### **Thema: #BZBSbewegen | SPD erneuern**

(Angenommen)

#BZBSbewegen | SPD erneuern

5 „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

10 Wir wollen daher im Zeichen Willy Brandts mit diesem Antrag als Braunschweiger Sozialdemokratie Antworten auf diese neue Zeit geben und unsere Sicht auf den Wandel der Partei und der Gesellschaft darlegen. Dabei soll sowohl der Blick auf die großen politischen Fragen als auch auf die kommunalen Themen gelegt werden.

15 Am 24. September 2017 haben wir zwar das Direktmandat vor Ort verteidigen können, aber mit nur 20,5 Prozent der Zweitstimmen unser schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Das ist nicht nur eine weitere Niederlage auf Bundesebene nach 2005, 2009 und 2013, sondern auch ein Indiz für die europaweite Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist ein desaströses Ergebnis, das auch unser Selbstverständnis als Volkspartei in Frage stellt. Die schlechten Wahlergebnisse und die historisch schlechten Umfrageergebnisse Bundesebene  
20 kommen nicht von ungefähr.

25 Die SPD Braunschweig ist der festen Überzeugung, dass wir die Ursachen dieser Niederlage schonungslos und ohne Vorbehalte aufarbeiten müssen, um zu neuer Stärke und Gestaltungskraft zu gelangen. Dies zu tun ist unsere Pflicht, weil die Herausforderungen unserer Zeit nach einem starken sozialdemokratischen Politikansatz verlangen. Nun brauchen wir den Mut, vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen. Wir wollen aber auch darauf schauen, was schon heute in unserer Partei gut funktioniert und wie wir davon lernen können.

30 Für diesen Aufbruch brauchen wir eine klare Orientierung, die auf unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Wir brauchen Leidenschaft, um Begeisterung für Politik und die Suche nach dem besten Weg in eine gute Zukunft zu wecken. Dafür brauchen wir eine grundlegende Erneuerung.

35 *#SPDERneuern hier in Braunschweig*

Die SPD Braunschweig hat sich im vergangenen Jahr mit der Lage der Sozialdemokratie auf Bundesebene sowie mit Grundzüge eines solchen Erneuerungsprozesses intensiv auseinandergesetzt. Neben den Diskussionen im Unterbezirksausschuss haben wir in allen  
40 drei Landtagswahlkreisen Diskussionsforen zum Thema #SPDerneuern durchgeführt, bei denen unsere Mitglieder die Themenschwerpunkte selbst setzen und ihre Ideen einbringen konnten.

Grundlage dieser Diskussionsforen war, dass sich die Bundespartei in einer schweren  
45 Existenzkrise befindet, die sich beispielsweise in zahlreichen historischen Wahniederlagen gezeigt hat. Faktisch ist die SPD nur noch im Norden und Westen des Landes gesamtgesellschaftlich verankert. Auch zeigen aktuelle Erhebungen, dass der SPD weiterhin in zentralen Politikfeldern wenig Kompetenzen zugeschrieben wird, obgleich einige zentrale Inhalte wie beispielsweise die Wiederherstellung der Parität in der  
50 Krankenversicherung auf Bundesebene umgesetzt werden konnten. Vielfach werden die Positionen der Sozialdemokratie nicht deutlich genug formuliert und/oder in der politischen Auseinandersetzung zu sehr abgeschwächt bzw. durch Kompromisse mit dem Koalitionspartner auf Bundesebene verwässert.

Vor diesem Hintergrund müssen die sozialdemokratischen Antworten auf die  
55 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts deutlicher dargelegt und konsequenter vermittelt werden. Dies bedarf auch einer Verbesserung der Kommunikation nach innen und außen, da es, auch im vergangenen Jahr, zu widersprüchlichen Positionierungen durch das politische Spitzenpersonal kam. Die SPD braucht zudem wieder eine klare politische Profilierung und eine sozialdemokratische Vision, mit der sie sich ein  
60 Alleinstellungsmerkmal schafft. Dazu gehört auch ein selbstbewusstes und Vertrauen schaffendes Auftreten vor allem auf Bundesebene.

Unserer Ansicht nach muss die Erneuerung der Sozialdemokratie sowohl inhaltlich,  
65 personell als auch organisatorisch erfolgen. Die Erneuerung der Sozialdemokratie kann daher nur als ein Gesamtprozess erfolgen, für den sich bei unseren Diskussionsforen folgende drei Bausteine herauskristallisiert haben:

#### Erster Baustein | Inhaltliche Erneuerung:

70 Die SPD versteht sich grundsätzlich als Volkspartei links der Mitte. Wir streben eine gerechte Gesellschaft frei von jeglicher Unterdrückung an. Gerade in Zeiten vermeintlich sozialer auftretenden Parteien ist es umso wichtiger unser Profil links der Mitte zu stärken. Nur so können wir eine klare Unterscheidbarkeit bewahren und in der Bevölkerung nach wie vor als die Volkspartei wahrgenommen werden, die sich klar für eine progressive  
75 Gesellschaft, Menschenrechte und Gleichstellung auf allen Ebenen einsetzt.

Wir stehen für die Idee eines demokratischen Sozialismus ein, wie sie auch im Hamburger  
Grundsatzprogramm gefordert wird. Wir streben eine Wirtschaftsordnung an, bei der jegliche Grundrechte garantiert und eine Gesellschaftsordnung, in der Gerechtigkeit und  
80 soziale Sicherheit keinen bloßen Phrasen, sondern Realität sind. Nur so kann ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle Menschen gewährleistet werden, was immer auch der Anspruch der Sozialdemokratie sein muss. Dabei ist uns der innerparteiliche politische Diskurs wichtig. Trotz Meinungsdivergenzen sollte dieser stets inhaltlich geführt werden. Es darf dabei keine Rolle spielen, wer lauter ist, sondern wer die besseren Argumente hat.

85 Die SPD ist DIE Partei der Arbeitnehmer\*innen. Ihre Ausrichtung muss daraus folgend dem Schutz aller Arbeitnehmer\*innen und der Vertretung ihrer Interessen verpflichtet sein. Vor diesem Hintergrund stellt die Frage der Hartz-Gesetzgebung eine offene Wunde der Sozialdemokratie dar, die sie viel Vertrauen gekostet hat. Wir erachten es daher als  
90 Essentiell an, dass die SPD im Rahmen ihres Erneuerungsprozesses den Reformbedarf der Grundsicherung als auch der Grundrente offensiv und zukunftsorientiert diskutiert.

Populistische Forderungen nach einer bloßen Abschaffung der Gesetzgebung, ohne Aufzeigen von politischen Alternativen, erscheinen nicht zielführend. Vielmehr bedarf es, grundlegende Fehlentwicklungen offen zu hinterfragen und glaubhafte Korrekturen zu entwickeln. Dazu gehören Fragen nach der Berechtigung von Sanktionen, der Höhe des Schonvermögens und der Grundsicherung, aber auch der Länge der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I sowie der Zumutbarkeitskriterien. Ziel dieses inhaltlichen Erneuerungsprozesses muss es sein, die bestehende Sozialgesetzgebung nach etwa 15 Jahren ihres Bestehens kritisch zu evaluieren und auf gesellschaftliche Veränderungen zeitgemäß zu reagieren.

Arbeit ist der Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie gibt Lebenssinn und Anerkennung. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben. Arbeitslosigkeit dagegen, meist nicht selbst verschuldet, verletzt die Menschenwürde, grenzt aus und macht krank. Vor diesem Hintergrund muss die Sozialdemokratie den Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung (z.B. zur Finanzierung von Fort- und Weiterbildungen, Qualifizierungen) forcieren.

Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein. Getreu der sozialdemokratischen Leitidee von "guter Arbeit für alle" muss die SPD größere Anstrengungen bei der konsequente Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnisse unternehmen. Die gezielte Förderung von Langzeitarbeitssuchenden, beispielsweise in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors, ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deswegen muss die Sozialdemokratie der Förderung zukünftig stärker Rechnung tragen.

Dem Merkel'schen Ausspruch von einer "marktkonformen Demokratie" muss die Sozialdemokratie - im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie - mit dem Ausbau der betrieblichen sowie der überbetrieblichen Mitbestimmung entschieden entgegenzutreten. Nur durch das Zusammenwirken von sozialer Sicherheit, Qualifizierung/Förderung und betrieblicher Mitbestimmung kann die SPD ihrem Selbstbild als Partei der Arbeit und Arbeitnehmer\*innen gerecht werden und verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen

Die SPD steht für eine leistungsfähige und bürger\*innenorientierte Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung ein. Der Staat muss nicht alles selbst leisten, aber er muss den Zugang zu den öffentlichen Gütern gewährleisten. Die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge als sozialdemokratisches Konzept (Angebot, Deutung und Zugang zu öffentlichen Gütern, Wohnen für alle, Energie) gilt es in den politischen Auseinandersetzungen stets als Orientierungsmaßstab zu setzen. Viel zu oft hat sich die Sozialdemokratie gerade in Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge den vermeintlichen "Kräften des freien Marktes" angepasst, wenn nicht gar untergeordnet.

Unter dem Eindruck eines neoliberalen Zeitgeistes ist die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wesentliche Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen als auch der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zusehends in den Hintergrund geraten. Aufgabe der Sozialdemokratie im inhaltlichen Erneuerungsprozess muss es daher sein, eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen anzustreben. Dazu müssen schlüssige Antworten auf Fragen der Steuergerechtigkeit, der Besteuerung von Vermögen und der Finanzmärkte sowie der Steuerflucht (auch auf europäischer Ebene) erarbeitet werden.

Die Sozialdemokratie steht für die organisierte Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, den Jungen und den Alten, den Gesunden und den Kranken, den Arbeitenden und den Arbeitslosen. Sie alle haben unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe. Sozialpolitisch muss die Sozialdemokratie deshalb die Vision einer "Neuen Solidarität" entwickeln, bei der auf dem medizinischen aber auch auf dem sozialrechtlichen Sektor die solidarischen

145 Bürgerversicherung, in der alle Menschen einbezogen werden, zum Grundprinzip erklärt wird.

Die Sozialdemokratie verspricht niemandem, dass sie eine Welt voller Konflikte und Widersprüche in ein irdisches Paradies verwandeln kann. Vielmehr erkennt sie Realitäten an, findet sich aber nicht mit den Verhältnissen ab, wie sie sind. Sie muss daher den Willen haben, den Weg in eine lebenswerte Zukunft zu gehen und hierbei Orientierung zu geben. Wenn sie unser Land zukunftsfähig machen will, müssen Zukunftsthemen wie beispielsweise der Klimawandel, die Digitalisierung als auch der Transformationsprozess im Mobilitätssektor offensiv besetzt und sozialdemokratische Antworten auf diese zentralen Herausforderungen entwickelt werden.

#### Zweiter Baustein | Organisatorische Erneuerung:

160 Trotz der unter Sigmar Gabriel letztmalig angestoßenen Organisationsreform wirken die Partizipations- und Entscheidungsprozesse der Sozialdemokratie weiterhin zu formal, zu gesetzt und sind oftmals Zwängen untergeordnet. Deshalb bedürfen sie einer grundlegenden Reform. Eine stärkere Beteiligung der Mitglieder ist notwendig, die Teilhabe von Nichtmitgliedern diskussionswürdig.

165 Mitgliederentscheidungen zu zentralen Themen sowie das Testen neuer Beteiligungsformen wie z.B. Onlineforen müssen stärker in den Focus genommen werden. Institutionen wie die Antragskommission und ihre Funktion sind grundsätzlich zu hinterfragen, um zu einer fruchtbaren Debattenkultur auf Parteitage zurückzukehren. Ämterhäufungen im Sinne des/der "Mutlifunktionär Genoss\*in" gilt es zu vermeiden, damit unterschiedliche politische Gremien nicht nur von wenigen Funktionär\*innen besetzt werden. Eine überproportionale Besetzung von Delegationen auf Bundesebene durch Mitarbeiter\*innen und Mandatsträger\*innen gilt es zu vermeiden.

175 Bereits auf Ortsvereinsebene ist das Ersetzen von Vorstandssitzungen durch Mitgliederversammlungen erforderlich, um mehr Beteiligungsmöglichkeiten, auch gerade für Neumitglieder, zu schaffen. Mehr Beteiligungsmöglichkeiten bei den Sitzungen können z.B. durch kürzere Redezeitung oder quotierte Moderationsverfahren ausprobiert werden.

180 In ihrem Selbstverständnis als Partei der Arbeitnehmer\*innen hat die Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert gemeinsam mit Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Insbesondere seit der Agenda 2010 entfernten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften voneinander. Dies müssen wir ändern. Ziel muss es daher sein, den Gewerkschaften zu vermitteln, dass wir nicht nur glaubwürdige Politik für die Arbeitnehmer\*innen machen, sondern auch direkt auf die Gewerkschaften zugehen und gemeinsame Veranstaltungen, sei es auf Kommunal- oder Bundesebene, durchführen wollen.

190 In Zeiten, in denen Rechtspopulist\*innen versuchen den politischen Diskurs auf kommunaler-, landes-, bundes- und europäischer Ebene mitzubestimmen, ist es umso wichtiger auch die Nähe zu progressiven Bündnispartner\*innen zu suchen. Wir können uns nicht nur gemeinsam unterstützen, sondern auch gemeinsam voneinander lernen. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch von Populist\*innen abgrenzen wie der Aufstehen-Bewegung, die keine progressive und sozial gerechte Politik als Ziel haben, sondern lediglich das Parteienspektrum weiter spalten wollen.

195 Neben der Bündnisarbeit müssen wir insbesondere Akteure der Zivilgesellschaft stärken. Wir stehen daher solidarisch zu Aktionen wie #unteilbar und machen deutlich, dass wir uns entschieden gegen Rechtspopulismus und Nationalismus stellen, damit diese Ideologien nicht wieder salonfähig werden. Nur gemeinsam, Hand in Hand mit Gewerkschaften, der AWO und anderen progressiven Kräften, wird uns das entschlossene Eintreten gegen

Rechts gelingen.

200

Die Geschichte hat uns gelehrt: Nicht Systeme, sondern Menschen ändern die Verhältnisse. Eine bessere Zukunft kommt nicht von selbst, sie muss erdacht und erstritten werden. Eine Partei kann immer nur so stark sein wie die Menschen, die ihre Werte teilen und ihre Ziele unterstützen. Deshalb steht die Sozialdemokratie für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen

205 Aufstieg durch Bildung. Wir bedauern, dass die politische Bildungsarbeit der Sozialdemokratie heute faktisch bedeutungslos geworden ist. Es bedarf einer Renaissance der Bildungsarbeit und zwar ortsnah auf der Bezirks- und Landesebene.

210

Schlussendlich muss eine progressive Partei im 21. Jahrhundert vor allem digital aufgestellt sein. Die Digitalisierung ist der treibende Motor im Wandel unserer heutigen Arbeitsverhältnisse. Gerade als Partei der Arbeitnehmer\*innen ist es unsere Pflicht die Hürden in der Arbeitswelt der Zukunft zu beseitigen und Chancen, die sich zur Besserung der Arbeitsverhältnisse ergeben, zu nutzen. Um als progressive Partei in einer digitalen Gesellschaft wahrgenommen zu werden, muss vorhandenes Wissen innerparteilich besser

215 genutzt werden, um die Strukturen und das inhaltliche Programm der SPD digitaler aufzustellen.

Dritter Baustein | Personelle Erneuerung

220

Trotz solider Regierungsarbeit nimmt die bundesdeutsche Mediendemokratie die Sozialdemokratie als zerstritten, traditionsbewusst aber zugleich aus der Zeit gefallen wahr. Eine Partei, die mit sich selbst hadert und interne Differenzen in die Öffentlichkeit trägt. Es verwundert daher nicht, dass sie im politischen Wettbewerb nicht als sonderlich attraktiv und wählbar wahrgenommen wird und in Umfragen mittlerweile jenseits der 20 Prozent-

225 Marke stagniert.

225

Dieses Erscheinungsbild ist selbstverschuldet. Ein einfaches "Weiter-so" kommt für uns daher nicht in Frage. 2019 muss ein Jahr nicht nur der politischen, sondern auch der personellen Weichenstellung für die Sozialdemokratie sein. Ihre Erneuerung muss in diesem Jahr noch grundlegender angepackt werden – in Regierung, Fraktion und Partei.

230 Und zwar zum Besseren!

230

Immer noch sind die meisten Positionen in unserer Partei von Männern besetzt. An diesem Mangel weiblich besetzter Ämter ändert auch eine weibliche Parteivorsitzende alleine nichts.

235

Aus der Perspektive für eine gerechte Gesellschaft folgt direkt die Gleichstellung der Frau\*, die sich durch unsere gesamte Parteiarbeit ziehen muss. Hierfür bedarf es gerade parteiintern einer speziellen Förderung von Frauen\*, die im Alltag unter anderem durch Mittel wie Geschlechter\*quoten gewährleistet werden kann, jedoch weit darüber

240 hinausreicht und auf allen Parteebenen – vom Ortsverein bis zur Bundesebene – stattfinden muss. Nur eine Partei, die entsprechend organisiert ist, kann auch in der Gesellschaft effektiv für Gleichstellung sorgen.

240

Die SPD jünger, weiblicher und vielfältiger zu machen darf nicht bloß Lippenbekenntnis sein, sondern muss Priorität genießen. Nur wenn unsere Partei jünger, weiblicher und vielfältiger wird, können wir dafür sorgen, dass nicht mehr nur einseitige Interessen vertreten werden, sondern eine breit getragene fortschrittliche Politik möglich ist. Um insbesondere für junge Genoss\*innen attraktiv zu werden und ihnen Zugänge zu Gremien und Ämtern zu ermöglichen, muss gleichzeitig die anhaltende Anhäufung unzähliger Parteiämter verhindert werden.

250

Miteinander. | Zusammen. | Solidarisch.

Die zurückliegenden Wahlerfolge der Jahre 2016 und 2017 wohlgermerkt hier in der Stadt,

255 Region und Land haben gezeigt, dass die Braunschweigische SPD als „BraunschweigPartei“ und die Niedersächsische SPD als „NiedersachsenPartei“ hierfür nachahmenswerte Beispiele sein können. Nach außen wie nach innen vermitteln wir ein geschlossenes und entschlossenes Bild. Braunschweig geht es gut. Ulrich Markurth hat mit dem „ISEK“ einen einmaligen Bürger\*innendialog initiiert. Die Stadt wächst, der soziale Wohnungsbau wird massiv vorangetrieben, die Stadtbahn wird ausgebaut. Dazu hat Ulrich Markurth den Weg für eine 6. IGS frei gemacht.

260 In Niedersachsen blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr 2018 zurück. Stephan Weil hat Wort gehalten und nicht einmal ein Jahr nach seinem Wahlsieg die gebührenfreien Kitas eingeführt. Ein großer Schritt auf dem Weg zu lebenslang kostenfreier Bildung und ein Beleg, dass sich Niedersachsen unter ihm in guten Händen befindet.

265 Weil wir unsere Erfolge nicht geringschätzen, weil wir Haltung und Zutrauen in unsere eigene Politik ausstrahlen, gewinnen wir Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Weil diese Glaubwürdigkeit mit Personen verbunden wird, muss die inhaltliche sowie organisatorische Erneuerung auf Bundesebene infolgedessen auch mit neuem und vor allem unverbrauchten Personal vorangebracht werden. Dabei muss die SPD jünger und weiblicher werden. Das politische Spitzenpersonal muss, dem Anspruch einer Volkspartei entsprechend, einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Gleichzeitig muss es gesellschaftlich verankert sein und authentisch wirken. Deshalb ist es unumgänglich, dass bei Auswahl des zukünftigen Spitzenpersonals eine größtmögliche Mitgliederbeteiligung - zum Beispiel in Form von Regionalkonferenzen oder sogar Mitgliederentscheiden - gewährleistet wird.

270 Nie war es schwieriger und nie wichtiger, die Übersicht zu behalten. Denn wir leben in schwierigen Zeiten – und zwar nicht nur die Sozialdemokratie betreffend. In vielen Ländern der Welt versuchen Populist\*innen, Gesellschaften zu spalten. Der amerikanische Präsident kündigt internationale Abkommen in der Abrüstungs-, Handels- und Klimapolitik und stellt damit jahrzehntelange Bemühungen um Frieden, einen gerechten Welthandel und die Lebensgrundlage künftiger Generationen in Frage.

280 In einem Wechselbad der Gefühle will Großbritannien Ende März diesen Jahres – das erfolgreichste Friedensprojekt in der Menschheitsgeschichte – die Europäische Union verlassen. Und auch in Deutschland erleben wir den Aufstieg einer Partei, die mit Angst hausieren geht, den Ausstieg aus dem Euro und sogar den sogenannten „DEXIT“, den Austritt unseres Landes aus der EU, propagiert und unsere Gesellschaft spalten möchte.

285 Wir sind der festen Überzeugung, dass es die ureigene Aufgabe von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist, sich dem entgegenzustellen. Denn wir sind die politische Kraft in unserem Land, die sich für das MITEINANDER einsetzt. Unsere wichtigste Botschaft war schon immer: Nur ZUSAMMEN sind wir stark. Und nur SOLIDARITÄT hält uns zusammen. Das gilt für unsere Gesellschaft hier vor Ort in Braunschweig – das gilt aber genauso im Land, im Bund und letztendlich auch in der Europäischen Union und weltweit.

290 Viele der großen Aufgaben – Globalisierung, Digitalisierung, Migration, demographischer Wandel, Klimawandel und die Mobilitätswende bringen tiefgreifende soziale Umbrüche mit sich – unsere Zeit verlangt demnach in besonderer Weise nach sozialdemokratischen Antworten. Eine selbstbewusste und mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt ist zeitgemäßer denn je. Wir appellieren daher eindringlich: Die SPD muss nicht alles anders, aber vieles deutlich besser machen, um diese Chancen politisch erfolgreich für sich zu nutzen.

*Antragsbereich O/Antrag 9*

*Unterbezirk Salzgitter*

## SPD als Partei der Arbeit

(Angenommen)

Bei der letzten Bundestagswahl konnte die SPD Salzgitter mit 42,7% der Erststimmen und 33,6% der Zweitstimmen Ergebnisse erzielen, von denen große Teile der Bundesrepublik nur träumen kann.

Als Industriestandort sind wir tagtäglich mit den Herausforderungen konfrontiert, die Globalisierung und Digitalisierung für die Wirtschaft, aber vor allem für ArbeitnehmerInnen und ihre Interessen bedeuten. Und wir sind überzeugt, dass die Herausforderungen unserer Zeit eine starke Sozialdemokratie brauchen.

Wollen wir zu alter Stärke zurück, brauchen wir Mut frühere Fehler aufzuarbeiten, daraus richtige Schlüsse zu ziehen, nach vorne zu schauen und politische Konsequenzen zu ziehen.

Wer in Salzgitter Menschen fragt, wo sie arbeiten, hört voller Stolz: „In der Hütte“, „Bei Bosch“, „Bei MAN“. Bei uns erlebt man, was es bedeutet, dass Menschen sich über ihre Arbeit definieren und wir als Sozialdemokratie wissen, was gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit meint. Gerade deshalb sind wir uns bewusst, dass die Hartz-Gesetzgebung die Achillesferse der Sozialdemokratie ist. Wollen wir zu alter Stärke zurück, müssen wir den Reformbedarf der Grundsicherung offensiv und Zukunftsgerichtet diskutieren.

Die vom Parteivorstand beschlossenen Reformvorschläge begrüßen wir daher ausdrücklich als gute Basis grundlegende Fehlentwicklungen zu hinterfragen und glaubhafte Korrekturen zu entwickeln. 15 Jahre nach den Hartz-Reformen ist es Zeit, diese kritisch zu evaluieren und auf gesellschaftliche Veränderungen zeitgemäß zu reagieren. An fast jedem Infostand erleben wir Diskussionen über die Berechtigung von Sanktionen, der Höhe der Schonvermögen und der Grundsicherung, sowie die Länge der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und der Zumutbarkeitskriterien. Diese Fragen bewegen nach wie vor die Menschen. Wollen wir zurück zu alter Stärke, dürfen wir uns ihnen nicht entziehen.

Doch nur zurück zu schauen und zu reparieren reicht nicht. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und es ist an uns sie zu gestalten.

Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung und ermöglicht ein selbst bestimmtes Leben. Fort- und Weiterbildungen sowie auch Qualifizierungen werden in der modernen Arbeitswelt immer wichtiger. Mit Blick in die Zukunft muss die Sozialdemokratie daher den Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung forcieren. Auch müssen wir anerkennen, dass nicht jede Arbeit gute Arbeit ist. Um gute Arbeit für alle zukünftig zu erreichen, muss die SPD größere Anstrengungen bei der konsequenten Bekämpfung von prekären Beschäftigungsverhältnissen unternehmen. Auch die gezielte Förderung von Langzeitarbeitsuchenden, beispielsweise in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors, ist zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Digitalisierung gestalten bedeutet aber auch Wirtschaftsdemokratie ausbauen, weil ArbeitnehmerInnen in den Betrieben den Wandel mitgestalten sollen. Die Sozialdemokratie muss sich daher für den Ausbau der betrieblichen sowie der überbetrieblichen Mitbestimmung einsetzen.

Und wir müssen weiterhin einen Blick auf die Gestaltung der Arbeitsplätze werfen. Ob digital oder analog, die Belastung vieler Arbeitsplätze ist so hoch, dass ArbeitnehmerInnen auf ihnen nicht gesund bis zur Rente durchhalten können. Unser Augenmerk muss daher auch auf Arbeits- und Gesundheitsschutz liegen.

Nur durch das Zusammenwirken von sozialer Sicherheit, Qualifizierung/Förderung und betrieblicher Mitbestimmung kann die SPD ihrem Selbstbild als Partei der Arbeit und

ArbeitnehmerInnen gerecht werden und zu alter Stärke zurückfinden.

### *Antragsbereich O/ Antrag 12*

*Unterbezirk Braunschweig*

#### **Thema: Berufliche Diversität stärken**

(Angenommen)

5 Die SPD ist – gerade in der Industrieregion Braunschweig – die Partei der Arbeit. Viele Arbeitnehmer\*innen haben der SPD in den letzten Jahren politisch bereits den Rücken zugekehrt. Deshalb möge sich die SPD Braunschweig dafür einsetzen, dass in Zukunft bei allen Wahlen – für Ämter in den eigenen Parteigremien und in öffentlichen Ämtern darüber hinaus – Menschen mit einem breiteren Spektrum an Berufs- und Arbeitserfahrung kandidieren.

### *Antragsbereich O/ Antrag 16*

*Unterbezirk Wolfenbüttel*

#### **Kommunikation und Parteiwerbung im digitalen Zeitalter verbessern – jetzt!**

(Überwiesen als Material an den SPD-Landesverband)

- 5 **1.** Der Parteivorstand der SPD erstellt in Absprache mit dem Landesverband SPD Niedersachsen aktuelle, für das neue CMS (Content Management System / Inhaltverwaltungssystem) der Websites passende, Materialien wie z.B. Bilder oder Banner.
- 2.** Die erarbeiteten Materialien werden auf der Seite der Bundes-SPD im Mitgliederbereich veröffentlicht, und alle „Web-Master“ im Landesverband Niedersachsen werden über die Verfügbarkeit der neuen Materialien per Email informiert.
- 10 **3.** Die Materialien werden in zeitnahen Abständen (spätestens alle 3 Monate) aktualisiert, sodass die Websites im Landesverband SPD Niedersachsen mit neuen Materialien gefüttert werden können.

### *Antragsbereich O/ Antrag 17*

*Unterbezirk Wolfenbüttel*

#### **Ermöglichung von Verbesserungen am landesweiten CMS für die Websites in Niedersachsen**

(Überwiesen als Material an den SPD-Landesverband)

- 5 **1.** Der Landesverband Niedersachsen richtet eine Annahmestelle für Verbesserungsvorschläge für das neu eingeführte CMS ein. Diese Stelle nimmt Rückmeldungen der in Niedersachsen für die SPD tätigen „Web-Master“ auf und setzt diese bei entsprechend starkem Wunsch mit dem Betreiber soz.is um.
- 2.** Der Landesverband Niedersachsen ergänzt, in Kooperation mit dem CMS-Betreiber soz.is, die Möglichkeit für die hochgeladenen Medien (Bilder) Ordner zu erstellen.

## **II. Weitere Anträge**

**1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:**

B8;B23;B31;B32;B33;L2;K3;O10;O11;O13;O14;O15;

**2. Abgelehnt wurden die Anträge:**

B14;B30;O1;O3;O7;O18;

**3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:**

**4. Zurückgezogen wurden die Anträge:**